

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [Chefsekretariat@apb-tutzing.de](mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de)

4 / 2006



## Medien im Ausnahmestand

Krieg macht Quote – diese ernüchternde Erkenntnis zog sich durch die Tagung „Kriege – Krisen – Katastrophen“ über „Medien im Ausnahmestand“. Ereignisse wie der Libanon-Krieg und die Ermordung zweier deutscher Journalisten in Afghanistan belegten die Aktualität des Themas. Zum



Fernsehreporter Christoph Maria Fröhder berichtete zusammen mit anderen Journalisten über die Probleme der Kriegs- und Krisenberichterstattung.

Foto: Schröder

Zeitpunkt der Tagung waren seit Jahresbeginn 2006 bereits über 60 Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit ums Leben gekommen. Journalisten mit vielfältigen Erfahrungen aus zahllosen Kriegs- und Krisengebieten der letzten Jahrzehnte berichteten über die ethischen und praktischen Probleme der Berichterstattung und deren Wirkung.

Seite 8

## Kampf um Wasser

Wasser wird weltweit knapp. Die Situation wird sich durch Bevölkerungswachstum, Intensivierung der Landwirtschaft und den Klimawandel zuspitzen. Sind Konflikte oder gar Kriege um Wasser zu befürchten?

Seite 18

### Im Alter neue Wege gehen

Der „demographische Wandel“ ist in aller Munde und er wird heftig diskutiert: Wie kann und soll er aufgefangen und gestaltet werden, wenn er schon nicht aufzuhalten ist? Das Thema hat auch eine individuelle, sehr emotionale Dimension. Die Furcht vor der „Abschiebung“ ins Altenheim oder dem einsamen Tod in der eigenen Wohnung führen bei den „agilen Alten“ von heute zur Suche nach neuen Wegen, wie die lange Zeit nach dem Ende der Berufstätigkeit und dem Auszug der Kinder gestaltet werden soll.

Seite 3



Für den Klimaexperten Wolfgang Seiler ist der Klimawandel zu 70 Prozent vom Menschen gemacht.



Die französische Politologin Sylvie Goulard ist skeptisch gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei. Foto: Siebert

## Grenzfragen: Türkei und EU

Kontroverse Ansichten prägten das Akademiegespräch zur Frage des EU-Beitritts der Türkei. Die französische Politologin Sylvie Goulard bewertet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei eher skeptisch. Der deutsch-türkische Journalist Baha Güngör kann dagegen die Angst der Europäer vor der Türkei nicht verstehen.

Seite 21

### Weitere Themen im Heft:

|                                    |          |
|------------------------------------|----------|
| Ausverkauf der Meinungsvielfalt?   | Seite 12 |
| Menschenwürdige Wirtschaftsordnung | Seite 15 |
| Italien nach Berlusconi            | Seite 23 |

# Inhaltsverzeichnis

|  | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| <b>Im Alter neue Wege gehen</b>  | 3            |
| <b>Krieg und Krise als medialer Bestseller</b>   | 8            |
| <b>Ausverkauf der Meinungsvielfalt?</b>  | 12           |
| <b>Prinzipien einer menschenwürdigen<br/>Wirtschaftsordnung</b>                              | 15           |
| <b>Kampf um Wasser</b>   | 18           |
| <i>Akademiegespräch im Landtag:</i><br><b>Grenzfragen: Die Türkei an der Schwelle zur EU</b> | 21           |
| <b>Zurück in der Normalität –<br/>aber unreformierbar?</b>                                   | 23           |
| <b>Deutsche Klassik und NS-Massenmord<br/>dicht nebeneinander</b>                            | 26           |
| <b>Fördern – aber nichts fordern</b>   | 27           |
| <b><i>Ungewohnter Durchblick</i></b>   | 29           |
| <b><i>Bibliophile Altlasten</i></b>  | 29           |
| <b><i>25 Jahre im Dienst der Politischen Akademie</i></b>                                    | 30           |
| <b><i>Ausbildung erfolgreich abgeschlossen</i></b>   | 30           |
| <b>Rezensionen – Neuerscheinungen –<br/>Publikationen</b>                                    | 31           |
| <b>Pressespiegel</b>   | 32           |
| <b>Themen – Tagungen – Termine</b>   | 36           |
| <b>Namen und Nachrichten / Anmeldeformular</b>   | 40           |

*Direktor der Akademie:*  
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

*Vorsitzender des Kuratoriums:*  
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

*Vorsitzender des Beirats:*

K. Heinz **Eisfeld**

*Kollegium:*

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.  
Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.  
Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent  
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.  
Gesellschaft und Umwelt,  
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.  
Politische Ethik, Grundwerte

*Organisationsreferat:*

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

*Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:*

Karin **Siebert**, M.A.

## **Akademie-Report**

Herausgeber:

**Akademie für Politische Bildung**  
Buchensee 1 82327 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>  
E-Mail: [K.Sittkus@apb-tutzing.de](mailto:K.Sittkus@apb-tutzing.de)

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**  
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

**Dinauer Medienbetrieb GmbH**  
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

# Im Alter neue Wege gehen

Experten und Senioren stellen Ansätze für ein aktives Leben im Alter vor

**D**er „demographische Wandel“ ist in aller Munde und er wird heftig diskutiert: Wie kann und soll er aufgefangen und gestaltet werden, wenn er schon nicht aufzuhalten ist? Im Mittelpunkt stehen bei diesen Diskussionen vor allem die gesellschaftlichen Auswirkungen der steigenden Lebenserwartung und die verbesserte Gesundheit der Seniorinnen und Senioren. Das Phänomen hat jedoch auch eine individuelle, sehr emotionale Dimension. Die Furcht vor der „Abschiebung“ ins Altersheim oder dem einsamen Tod in der eigenen Wohnung führen bei den „agilen Alten“ von heute zur Suche nach neuen Wegen, wie die lange Zeit nach dem Ende der Berufstätigkeit und dem Auszug der Kinder gestaltet werden soll. Unsere Tagung „Alt, agil, aktiv. Leben und Wohnen im Alter“, eine Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung, griff diese beiden Dimensionen auf.

## Besser versorgt – aber allein

Die öffentlichen Debatten verbreiten nicht nur Pessimismus, sondern vermitteln oft auch ein falsches Bild der Lage. So täuscht die Diskussion über die Erhöhung des Rentenalters über die Tatsache hinweg, dass der „Ruhestand“ in der Realität immer länger wird. Anhand der Zahlen des 5. Altersberichts der Bundesregierung belegte Sozialwissenschaftler Holger Adolph, der Geschäftsstellenleiter des Berichts, diese Entwicklung: Das tatsächliche Renteneintrittsalter in Deutschland sei in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und liege heute bei durchschnittlich 60 Jahren. Auf der anderen Seite steige die Lebenserwartung und verbessere sich der Gesundheitszustand im Alter. Zusätzlich habe sich durchschnittlich auch die materielle Situation und die Schulbildung der heutigen Rentner verbessert. Dadurch ist es den Senioren von heute möglich, ihr Leben anders zu gestalten als frühere Generationen, und es entstehen neue Ideen, wie man den Ruhestand verbringen will. Ein weiterer Trend gibt jedoch Anlass zum Nachdenken und könnte diese Entwicklung weiter beeinflussen: Laut Adolph wächst in den nächsten Jahren die Anzahl der Menschen, die in Einpersonenhaushalten leben, mit steigendem Alter stark

an. Zwar seien durch ihre höhere Lebenserwartung und die Tatsache, dass ihre Partner in der Regel eher älter sind, besonders Frauen vom Alleinsein im Alter betroffen. Jedoch müssten vor allem die Männer umdenken: Berech-



*Holger Adolph zeichnete mit den neuesten Daten aus dem 5. Altersbericht der Bundesregierung ein aktuelles Bild des Alters.*

nungen prognostizierten bis 2030 eine Verdreifachung der Zahl der Männer, die im Alter alleine leben. Das stelle diese Gruppe und auch die sozialen Einrichtungen vor neue Herausforderungen.

*Die Präsentationen der Veranstaltung finden Sie auf unserer Homepage.*

## Frauen schlechter gestellt

Denn vor allem in der heutigen Seniorengeneration zeige sich die Rollenverteilung noch sehr deutlich, so auch Heike Skok, die die Münchner Geschäftsstelle des Wohnbund e.V. leitet und in der Frauenakademie München aktiv ist: Meist seien es die Frauen, die ihre Berufstätigkeit unterbrochen oder



*Heike Skok: Auswirkungen der Rollenverteilung verschärfen sich im Alter. Fotos: Tenschert*

aufgegeben haben, um Kinder großzuziehen beziehungsweise Angehörige zu pflegen. Bei Männern äußert sich die Rollenverteilung vor allem in Hilflosigkeit beim Kochen, Waschen oder Bügeln. Frauen sehen sich dagegen mit handfesten materiellen Nachteilen der alten Rollenbilder konfrontiert: Laut Skok fällt ihr Rentenanspruch wesentlich geringer aus als der ihrer Partner und das Armutsrisiko ist unter ihnen entsprechend höher als unter Rentnern. Diese Unterschiede werden durch die häufigere Berufstätigkeit der Frauen und die steigende Kinderlosigkeit in den folgenden Generationen zwar geringer, Skok prognostiziert aber, dass sie weiter existieren werden. Außerdem hat der heutige Kindermangel



auch im Alter für Männer wie Frauen gewichtige Folgen. So verwies Skok darauf, dass soziale Kontakte im Alter eine besonders große Bedeutung hätten, die Unterstützung durch die eigene Familie wegen der zunehmenden Kinderlosigkeit jedoch immer häufiger ausfalle. Zudem gehe der Austausch zwischen den Generationen verloren, der im Alter fast nur noch innerhalb der eigenen Familie stattfinde. Für die sozialen Netze älterer Menschen nehme deshalb die Bedeutung außerfamiliärer Kontakte beständig zu.

## Gegen Einsamkeit und Langeweile

Es gibt also durchaus Anlass zum Nach- und Umdenken. Vielen Menschen werden diese Entwicklungen auch immer bewusster und sie versuchen, gegenzusteuern. Die heute Alternenden haben neue Vorstellungen davon, wie sie den immer länger werdenden Abschnitt nach Berufstätigkeit und Kindererziehung gestalten wollen. Die Devise der heutigen Rentner lautet nicht mehr „Endlich Ruhe!“, sondern die Angst vor Einsamkeit und Langeweile im Alter führt zu neuen Ideen, wie, wo und mit wem man wohnen möchte und womit die verbleibende Zeit ausgefüllt werden soll. Die Tagung stellte verschiedene Ansätze vor. So unterschiedlich die Ausgestaltung der jeweiligen Projekte war, hatten sie im Kern doch alle dasselbe Ziel. Eine Referentin sprach von der „Eingefahrenheit“ ihres Lebens, der sie etwas Neues entgegensetzen wollte. Eine Teilnehmerin meinte, sie wolle die „Sprachlosigkeit“ verhindern, die sie bei den von ihr gepflegten Senioren so oft beobachte.

## Zuhause versorgt im Pflegefall

Bei der Diskussion über verschiedene Wohnprojekte im Alter (siehe „Wohnformen für die Zwischenzeit“) wurde klar: die Beziehungen untereinander sind zwar so gut, dass man miteinander redet, musiziert oder spielt, füreinander einkauft, den Wasserhahn repariert, die Kinder betreut und die Zeitung teilt, doch kaum ein Projekt



würde die dauerhafte Pflegebedürftigkeit eines Mitbewohners ohne Hilfe von außen schultern können. Für diesen Fall wurde meist die Möglichkeit der ambulanten Pflege ins Gespräch gebracht. Auch hierfür werden neue Konzepte entwickelt, wie das Projekt SIMBA des Sozialdienstes Germering beispielhaft verdeutlicht.

Das Projekt baut auf dem Wunsch alter Menschen auf, auch im Fall der Pflegebedürftigkeit weiter im vertrauten Umfeld leben zu können. Da immer weniger Menschen dabei aus verschiedenen Gründen auf die Unterstützung der Kinder oder anderer Verwandter bauen können oder wollen, bietet SIMBA (Sicherheit im Alter – betreut zu Hause) professionelle Hilfe an. Attraktiv ist dieses Modell auch aus finanziellen Gründen, denn in der Regel ist es flexibler und günstiger als stationäre Pflegeformen. Der Umfang der Hilfe wird individuell den Bedürfnissen des Betreuten angepasst. Das Spektrum reicht dabei von Besuchen und Einkäufen über Essen auf Rädern, Be-

gleitdienste und handwerkliche Hilfen bis zu den in der Pflegeversicherung geregelten Leistungen. Auch ein 24-Stunden-Notdienst wird gewährleistet. Neben dieser Betreuung bietet SIMBA durch einen Optionsvertrag auch Vorsorge – für den Fall der Pflegebedürftigkeit wird darin die Aufnahme in die Betreuung zugesichert. Um die Qualität des Angebots sicherzustellen und auszubauen, wird auf die Schulung der Betreuer sehr viel Wert gelegt. Probleme der Mitarbeiter werden bei regelmäßigen Treffen angesprochen und bei Bedarf auch als Thema in eine Weiterbildung integriert. Eine der schwersten Aufgaben der Betreuer ist wohl, die Menschen erst einmal dazu zu bewegen, ihre eigene Pflegebedürftigkeit zu akzeptieren und fremde Hilfe anzunehmen. Die steigende Zahl der abgeschlossenen Optionsverträge wertet Sonja Thiele von SIMBA jedoch als Hinweis, dass dies zunehmend gelingt und SIMBA damit eine Lücke im Versorgungsnetz für ältere Menschen geschlossen hat.

## Anschluss nicht verlieren

Unabhängig davon, für welche Wohnform man sich letztlich entscheidet, haben weitere Faktoren einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Lebensqualität im Alter: So darf, wer aktiv



*Sonja Thieles SIMBA-Projekt ermöglicht Pflegebedürftigen, weiter im gewohnten Umfeld zu leben.*

bleiben will, den Anschluss nicht verlieren. Dies bedeutet zunächst einmal im Alter mobil zu bleiben. Für die täglichen Einkäufe und Erledigungen gilt das genauso wie für die Pflege von sozialen Netzwerken oder die eigenen Freizeitbeschäftigungen.

Ingenieurin Andrea Rau von der Technischen Universität Kaiserslautern erläuterte, wie sich das Mobilitätsverhalten älterer Menschen verändert und wie dem begegnet werden sollte. Die Zahl der zurückgelegten Wege werde mit steigendem Alter geringer und die Wege selbst würden kürzer. Außerdem seien die Menschen zunehmend zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs und weniger mit dem eigenen Auto. Entsprechend sei es wichtig, dass sich Einkaufsmöglichkeiten oder Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs im unmittelbaren Wohnumfeld befänden. Mit dem Alter steige auch das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, da ein Unfall schwerwiegende Konsequenzen haben könne – dabei seien die häufigste Todesursachen im Straßenverkehr nicht einmal

Verkehrsunfälle, sondern Stürze. Deshalb seien breite, sauber geteerte Gehsteige mit abgesenkten Bordsteinen wichtig für den sicheren Weg zum Ziel. Außerdem müsse es ausreichend Möglichkeiten zur Überquerung von Straßen, wie Ampeln oder Zebrastreifen geben. Sind die Wege doch einmal länger, seien Bänke oder andere Sitzmöglichkeiten willkommene Orte für eine kurze Ruhepause. Auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln sollten die Ansprüche älterer Menschen berücksichtigt werden – zum Beispiel durch barrierefreie Zugänge.

Die einfache Bedienung der Fahrkartenautomaten ist eine weitere Notwendigkeit einer seniorengerechten Infrastruktur und verweist bereits auf die Rolle, die Technik spielen kann, wenn man im Alter den „Anschluss nicht verlieren“ will. Informationen findet man oft nur noch online, das Fernsehen wird digital und die Telefone sind fast nur noch schnurlos. Während man auf manche Technik auch verzichten kann, lässt sich andere aus dem Alltag nicht mehr wegdenken.

Klaus Wuttig berichtete von seinen Erfahrungen aus der Senior Research Group (SRG) der TU Berlin, in der



*Klaus Wuttig forderte seniorengerechte Technik, denn „das einzige, was in Deutschland wächst, ist die Zahl der Senioren“.*

Senioren moderne Technik daraufhin untersuchen, wie seniorengerecht sie ist. Im Vergleich zu jungen Menschen hätten Ältere nicht nur größere Berührungsängste, sondern zudem andere Ansprüche an Technik, so Wuttig. Ein

Handy müsse nicht fotografieren und Musik runterladen können, sondern vor allem telefonieren und eventuell noch SMS schicken können. Die Ansprüche der Älteren bezögen sich also vor allem auf die einfache Handhabung statt auf technische Raffinessen. So landete beispielsweise ein DVD-Player im Test eines Verbraucher-Magazins nur auf Platz neun, beim Test der SRG wegen seiner guten Bedienbarkeit dagegen auf dem ersten Platz.

In der Industrie habe man sich bisher allerdings eher wenig für die Ansprüche von Senioren an Technik interessiert. Doch langsam finde hier ein Umdenken statt und die Gruppe der Senioren werde zunehmend als Zielgruppe entdeckt. Ein einfach zu bedienender PC und ein Handy mit nur wenigen Funktionen könnten bereits die ersten Schritte sein, die Senioren den Zugang zu den Informations- und Unterhaltungsmöglichkeiten moderner Technik erleichtern.

## Engagement im Interesse aller

Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft werden die Potenziale der Älteren in der Gesellschaft erst langsam erkannt und besonders gefördert: so auch beim bürgerschaftlichen Engagement. In etwa 10 bis 15 Jahren werden in Deutschland die Arbeitskräfte knapp und die Gesellschaft wird auf die Zeit- und Wissensressourcen der älteren Generation angewiesen sein.

Psychogerontologin Petra Hüttner vom Seniorenamt der Stadt Regensburg schilderte ergänzend, wie sich auf der anderen Seite auch ein zunehmendes soziales Bewusstsein innerhalb der Rentnergeneration erkennen lässt und sich daraus gesellschaftliches Engagement entwickeln kann. Vielen Menschen reiche es nicht aus, den immer länger werdenden Ruhestand nur mit Reisen und langjährigen Hobbies auszufüllen. Sie wollten etwas Sinnvolles tun, ihr berufliches und persönliches Wissen anderen weitergeben und sich selbst dabei auch weiterbilden. Diese Entwicklung werde durch die verbesserte Bildung und materielle Situation



der Rentner begünstigt. Anhand des Modellprojekts „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) der Bundesregierung beschrieb Hüttner außerdem, wie in der Praxis versucht wird, diese Menschen in ihrem Vorhaben zu unterstützen. EFI bildet in mehreren Weiterbildungen so genannte „SeniorTrainer“ aus, die sich anschließend in einem Projekt bürgerschaftlich engagieren können oder als Multiplikatoren aktiv werden. Damit soll bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen qualifiziert werden.

Die guten Erfahrungen mit dem Projekt führen zu Überlegungen, EFI nach der dreijährigen Modellphase in Projekte der Länder und Kommunen zu überführen. Ein Blick auf die Statistiken über die soziale Zusammensetzung der EFI-Teilnehmer zeigte allerdings auch, dass noch Handlungsbedarf besteht: Menschen aus bildungsfernen Schichten sind in dem Projekt kaum aktiv geworden, wodurch der Gesellschaft ein großes Potenzial vorenthalten bleibt.

## Unterstützung durch die Politik gefordert

Zwei weitere Praxisbeispiele rundeten die Tagung ab. Marita Gerwin sprach über den aktiven Umgang der Stadt Arnsberg (77 000 Einwohner) mit dem Thema „Demographischer Wandel“ und ihre Arbeit in der städtischen Koordinationsstelle Zukunft Alter. Wirtschaft, Politik, Schulen und soziale Einrichtungen kooperieren im nordrheinwestfälischen Arnsberg, um den Austausch zwischen den Generationen zu fördern und die jeweiligen Potenziale besser zu nutzen.

Ihr Kollege Rudi Schmid-Geiger aus der kleinen Allgäuer Gemeinde Amtzell (3 500 Einwohner) schilderte anschließend die Bemühungen seiner Gemeinde, einen aktiven Austausch zwischen Alt und Jung in Altenheimen, Bildungseinrichtungen und Vereinen zu fördern.

Die Erfahrungen aller drei Projekte zeigten, dass einige Faktoren den Erfolg entscheidend beeinflussen: Zunächst einmal werden ehrenamtliche Helfer benötigt, die Ideen entwickeln und die Zeit haben, sie in die Realität



*Petra Hüttner: Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen kann qualifiziert werden.*

umzusetzen. Zur besseren Koordinierung solch eines Projekts ist es aber auch hilfreich, hauptamtliche Kräfte mit ins Boot zu holen. Dies wird wesentlich erleichtert, wenn die kommunale Politik die Initiativen unterstützt und entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Die Haltung, dass der demographische Wandel alle angeht und die Fähigkeiten der älteren Bevölkerung besser genutzt werden sollten, ist bisher aber leider noch nicht in allen Kommunen und Bundesländern angekommen.

Die Tagung zeigte, dass dieses Umdenken in der Politik dringend erforderlich ist, denn, wie Holger Adolph es formulierte: „Seniorenpolitik ist Zukunftspolitik“.

*Gudrun Tenschert*

**(Siehe Pressestimmen Seite 34)**

## Online-Tipps zum Thema

*Video-Berichte von der Veranstaltung:* <http://www.vision50plus.de>

*Fünfter Altenbericht der Bundesregierung:*

<http://www.bmfsfj.de/>

[Politikbereiche/aeltere-menschen,did=12356.html](http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/aeltere-menschen,did=12356.html)

*Deutsches Zentrum für Altersfragen:* [www.dza.de](http://www.dza.de)

*Wohnbund e.V.:* <http://www.wohnbund.de/>

*Mehr-Generationen-Haus WABE Stuttgart e.V.:*

<http://www.wabe-stuttgart.de/>

*Senioren-WG OLGA, Nürnberg:* <http://www.wohnprojekt-olga.de/>

*SIMBA, Sozialdienst Germering e.V.:* <http://www.sd-germering.de/senioren/betreutes.htm>

*Senior Research Group, TU Berlin:* <http://www.srg-berlin.de/>

*Mobil und Barrierefrei, TU Kaiserslautern:*

<http://transport.arubi.uni-kl.de/staff/rau/index.html>

*Seniorenbüro Stadt Regensburg/EFI:* <http://www.treffpunkt-seniorenbuero.regensburg.r-kom.de/7efi/7efi-.htm>

*Koordinationsstelle Leben im Alter, Seniorennetzwerk Stadt Arnsberg:* <http://www.arnsberg.de/senioren/index.php>

*Jung und Alt gemeinsam, Gemeinde Amtzell:* <http://www.amtzell.de>

*Wohnprojekteatlas Bayern:* <http://www.urbaneswohnen.de/typo3/uploads/media/wohnprojekteatlas.pdf>

*Bayerische Architektenkammer zum barrierefreien Bauen:*

<http://www.byak-barrierefrei.de/index.html>

*Alterssurvey:* [www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles,did=35360.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles,did=35360.html)

*Bericht Freiwilliges Engagement 1999-2004:* [www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=73430.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=73430.html)

*Freiwilligensurvey Bayern 2004:*

[www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk/survey2004.pdf](http://www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk/survey2004.pdf)

## Wohnformen für die „Zwischenzeit“

Wenn es ums Wohnen geht, suchen die Menschen vor allem nach Alternativen zum Altenheim, das – zu Recht oder zu Unrecht – als Sinnbild für ein fremdbestimmtes und abhängiges Leben im Alter gilt. Selbstständig, selbst bestimmt und unabhängig möchten die älteren Menschen heute bis ins hohe Alter wohnen und sich selbst aussuchen, wo sie im Alter leben.

Während der Tagung wurden drei Projekte vorgestellt, mit denen ältere Menschen versuchen, diesen Wunsch zu verwirklichen: Martemaria Scheunemann berichtete sehr eindrücklich von



*Martemaria Scheunemann: Entscheidung, eine WG zu gründen, ein „emotionaler und rationaler Kampf“.*

ihren Erfahrungen bei der Gründung einer Wohngemeinschaft für die „Zwischenzeit“, die lange Phase also zwischen Auszug der Kinder und eigener Pflegebedürftigkeit. Sie empfindet die Beschränkung auf ein Zimmer und die notwendige Reduzierung auf wesentliche Dinge als enormen Zugewinn an Freiheit. Ihre WG will sie dabei keineswegs als Senioren-WG verstanden wissen, sondern als Chance, sich mitten im Leben neuen Situationen, neuen Erfahrungen und neuen Menschen zu stellen.

Anders der Ansatz von Dorothea Hoffmeister und der Frauen-Hausgemeinschaft OLGA aus Nürnberg: Sie sehen sich als Hausgemeinschaft, die sich während des letzten Lebensabschnitts so lange wie möglich gegenseitig unterstützen wollen.



*Dorothea Hoffmeister (rechts) teilte in ihrem Workshop ihre Hausgemeinschafts-Erfahrungen mit.*

Ähnlich auch das Mehr-Generationen-Haus WABE in Stuttgart, aus dessen Alltag die Bewohnerin Marlies Beitz berichtete. Dort wohnen 15 Familien unterschiedlicher Größe und Menschen aller Altersgruppen. Die Ansätze waren sehr unterschiedlich: mal waren keine Männer erwünscht, mal wurden einfach keine gefunden, die bereit gewesen wären, sich von Versorgungs- oder Führungsansprüchen zu lösen; mal lebte jeder in seiner eigenen Wohnung und man traf sich im Gemeinschaftsbereich; mal bewohnte jeder nur ein Zimmer und teilte mit den anderen das Bad; mal waren es nur ältere Singles, mal eine Mischung aus Alleinstehenden, jungen Familien und Ehepaaren; mal gab es regelmäßige und zahlreiche gemeinsame Aktivitäten, mal gab es weniger. Gemeinsam hatten alle Projekte die Probleme bei der Umsetzung ihrer glänzenden und anspruchsvollen Ideen.

Die Aktivistinnen der vorgestellten Projekte waren sich in wenigstens ei-

nem Punkt einig: Die rosarote Brille sollte man möglichst bald absetzen, wenn man über solch eine Wohnform nachdenkt. Die Entscheidung für ein derartiges Projekt bedeute zunächst einmal einen Verzicht auf das gewohnte Umfeld, viele geliebte Dinge und bestimmte Freiheiten. Zudem erfordere die Umsetzung viel Zeit, eine große Beharrlichkeit und die Bereitschaft, selbst viel Verantwortung zu überneh-

men, da man davon ausgehen könne, dass viele Interessenten wieder abspringen, sobald die Pläne verwirklicht werden sollen. Auch im Zusammenleben würden Konflikte nicht ausbleiben, denn jeder Mitbewohner bringe über Jahre gewachsene Gewohnheiten und Vorstellungen mit in die Gemeinschaft – je älter er sei, umso gefestigter wären sie. Entsprechend erfordere solch ein Projekt ein hohes Maß an Toleranz und Konfliktfähigkeit.

Gerade die Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit könnten voneinander abweichen – der eine werde sich mehr davon wünschen, während der andere sich ihr mit der Zeit entziehe. Dennoch machten alle Referentinnen Mut: Das Zusammenleben im fortgeschrittenen Alter bietet genauso viel Positives und letztendlich hielten einen auch genau diese Konflikte jung. Keine dachte daran, die getroffene Entscheidung rückgängig zu machen – die Alternative, wieder alleine zu wohnen, schien offensichtlich keiner attraktiv genug.

■ gt

# Krieg und Krise als medialer Bestseller

Fachtagung analysiert Hintergründe der Kriegsberichterstattung

**K**rieg macht Quote – diese ernüchternde Erkenntnis zog sich durch die Tagung „Kriege – Krisen – Katastrophen“ über „Medien im Ausnahmezustand“. Ereignisse wie der Libanon-Krieg und die Ermordung zweier deutscher Journalisten in Afghanistan belegten die Aktualität des Themas. Zum Zeitpunkt der Tagung waren seit Jahresbeginn 2006 bereits über 60 Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit ums Leben gekommen, im Vorjahr waren es weltweit 65. Journalisten mit vielfältigen Erfahrungen aus zahllosen Kriegs- und Krisengebieten der letzten Jahrzehnte berichteten über ihr berufliches Selbstverständnis und die ethischen und praktischen Probleme der Berichterstattung und ihrer Wirkung.

Jörg Armbruster war bis 2005 ARD-Korrespondent für die arabische Welt und während des letzten Golf-Krieges in Bagdad, bis „die Gedanken an die eigene Sicherheit die journalistische Arbeit überlagerten und das Verhält-



Auslandskorrespondent Jörg Armbruster: „Wahrheit und Krieg schließen sich aus“.

Fotos: Schröder

nis zum Land und zu den Leuten trübten“. Für ihn sind „Krieg und Medien wie Pech und Schwefel zusammengeschweißt“. In seinem stark autobiographisch und vom eigenen Erleben geprägten Vortrag kam er zu dem Ergebnis, dass sich „Wahrheit und Krieg ausschließen“. Die Frage sei letztlich nur, welche Seite besser und schneller lüge. Er habe die Grenzen journalistischer Arbeit im Irak überdeutlich erlebt. Häufig sei man von Quellen ab-



In ihrer Zeit als Türkei-Korrespondentin erwartete die Redaktion vor allem die drei K's: Kurden, Kopftuch und Kanonen: Christiane Schlötzer von der Süddeutschen Zeitung.

geschnitten, komme aus Sicherheitsgründen nicht aus der Wohnung oder dem Hotel heraus, könne sich kein eigenes Bild mehr machen.

Die Berichterstattung aus Kriegsgebieten sei vom Militär geprägt: „Die Zensur ist immer dabei.“ Kontrolle der Journalisten sei das oberste Ziel. Deswegen sei auch die Arbeit als vom Militär „eingebetteter Journalist / embedded correspondent“ höchst problematisch. Dem Publikum müsse klar gemacht werden, dass damit die Freiheit zur eigenen Recherche erheblich eingeschränkt sei. Andererseits komme

der Journalist ohne militärische Begleitung gar nicht in bestimmte Gegenden und an Gesprächspartner heran. Aus allen diesen Gründen stehe er auch zu der Entscheidung, dass die ARD derzeit keinen eigenen Korrespondent in Bagdad beschäftigt, sondern sich auf ortsansässige freie Mitarbeiter verlasse, die Bilder und Informationen liefern.

Auch die Süddeutsche Zeitung beschäftigt im Moment keinen Reporter in Bagdad, berichtete die stellvertretende Ressortleiterin Außenpolitik der SZ, Christiane Schlötzer. Auch sie bestätigte, dass Kriege und Krisen gut fürs Geschäft seien. Die bislang höchste Auflage hatte die SZ mit über einer Million nach dem Terrorangriff auf das World Trade Center am 11. September 2001. Der Durchschnitt liegt bei 430 000.

Im täglichen Nachrichtengeschäft sei es schwer, den professionellen Zwängen zu entkommen und die Scheinwerfer nicht nur auf die großen und bekannten Krisen- und Kriegsgebiete zu richten. Eine große überregionale Tageszeitung wie die SZ mit immer noch vielen eigenen Exklusiv-Korrespondenten habe es da noch etwas leichter als mittlere und kleinere Regionalzeitungen, die auf Nachrichtenagenturen angewiesen seien. In Schlötzers Zeit als Türkei-Korrespondentin habe die Redaktion vor allem die drei K's erwartet: „Kurden, Kopftuch und Kanonen.“ Es sei schwer dagegen anzuschreiben, aber es lohne sich. Umfassende Berichterstattung sei immer auch ein Platzproblem: wenn – wie in den vergangenen Jahren – die Anzeigenerlöse drastisch zurück gehen, schwindet auch der Platz für die Redaktion, über vergessene Kriege und Konflikte zum Beispiel in Afrika oder Asien zu berichten.

Schlötzer beklagte zusammen mit anderen die häufig falsche oder ganz fehlende Vorbereitung vieler Journalisten auf die Kriegseinsätze. Hier will die Bundeswehr Abhilfe schaffen. Im VN-Ausbildungszentrum Hammelburg be-

reitet Oberstleutnant Radostin Mutafoff mit seinen Soldaten Journalisten auf ihren Einsatz vor und vermittelt Tipps für das Verhalten in schwierigen Situationen bis hin zu Überlebensstipps bei Geiselhäft. Aber nicht nur die richtige Vorbereitung ist wichtig und hält vielleicht Hasardeure und Abenteurer im letzten Moment noch vom Einsatz ab. Inzwischen laufen bei der Zentralen Fortbildung von ARD und ZDF Kurse nach dem Vorbild der BBC, die aus dem Kriegseinsatz zurückkehrenden, traumatisierten Journalisten helfen, ihre Erlebnisse zu verarbeiten.

## Leid und Voyeurismus

Reporter Thomas Morawski vom Bayerischen Fernsehen war für seinen Sender und die ARD bereits in neun Kriegen unterwegs. Von den weltweit gezählten 17 großen Kriegen des Jahres



*BR-Journalist Thomas Morawski bedauert: „Produzieren geht vor Recherchieren.“*

2005 tobten 90 Prozent in der Dritten Welt. Und die vielen vergessenen Konflikte und Kleinkriege – vor allem „der alltägliche Krieg mit Kleinwaffen“ – finden im öffentlichen Bewusstsein nicht statt, weil leider die Regel gilt: „Keine Bilder – kein Krieg.“ Der letzte Libanon-Krieg war für Morawski ein „journalistischer Glücksfall: denn es gab wegen der guten technischen Infrastruktur vor Ort schnell Bilder“.

Krieg ist zur Ware geworden. Da gibt es wie im Supermarkt Sonderangebote, Ramsch, Bestseller und Ladenhüter. Konflikte haben immer einen ho-

# Krise und Krieg im Fernsehen

## Die sieben Stufen eines Medien-Hypes

Von Thomas Morawski

**Stufe 1:** Ereignis, Entsetzen, Betroffenheit, primäre Zeugen, Augenzeugen, private Zeugen-Videos, Agenturen, lokale Berichterstatter mit ungeprüftem Background, Berichte aus Fremdmaterial, evtl. Vorgeschichte, Archivbeiträge aus Bordmitteln, Hauptsache irgendwas!

**Stufe 2:** Eigene Recherche, Kommentare „vor Ort“ (wo auch immer das sei, oft werden die Zuschauer über die wirkliche Nähe zum Geschehen getäuscht), Betroffenheit erzeugen: deutsche Opfer, sekundäre Zeugen: Rückkehrer nach Deutschland, Angehörige in Deutschland, deutsche Helfer oder Einsatztruppen („Unsere Jungs in ...“), gemeinsame Anstrengungen.

**Stufe 3:** Der Medien-Hype an sich: eigene Betroffenheit, eigene Beiträge, „unser Mann in...“, der Reporter als Opfer, als Zeuge; die Story hinter der Story/ „making of...“

**Stufe 4:** Die Überlebens-Stories, „amazing survival stories“ (so CNN bei der Tsunami-Berichterstattung), die Tränen-Stories, das Schreckliche positiv sehen.

**Stufe 5:** Humanitäre Hilfe, Spenden-Aktionen, Reporter werden zum Spendensammler, die Betroffenheit über den beginnenden Überdross hinweg retten.

**Stufe 6:** Suche nach Schuldigen, Hineintragen eines außenpolitischen Konfliktes in die Innenpolitik, Entstehen von Nebenkriegs-Schauplätzen.

**Stufe 7:** Themenwechsel (mit möglicherweise gleichen politischen und/oder journalistischen Akteuren). Die sprichwörtliche „neue Sau, die durchs Dorf getrieben wird“. Oder kommunikationswissenschaftlich formuliert: Schaffung einer neuen medialen Kontinuität.

Themenwechsel werden natürlich selten von den Berichterstattern vor Ort vollzogen, sie werden in diesem Moment selber eine Art Opfer ihrer selbst. Sie werden Opfer von Marktschreierei, Überbetonung, um die Story unterzukriegen, sowie dem dann unvermeidlichen Überdross, Vergessen, Gewöhnung und Bequemlichkeit beim Publikum. Markt-Mechanismen überregulieren sich, sie öffnen die Tür zum Vergessen.

Überdross ist eine häufige Medienwirkung. Überdross ist der große Bruder des Medien-Hype. Überdross wird erleichtert durch die Darstellung der globalen Konflikte als journalistische Konjunkturen, interessant im Moment, aber dann doch wohl nicht so sehr wichtig.

hen Nachrichtenwert mit den Faktoren Negativität, Schaden, Leid und Voyeurismus. Das Fernsehen steigert an Tagen mit Krisen- und Kriegsberichten seine Quoten um 37 Prozent. Für Morawski sitzen die Medien in der selbst gestellten Falle. Er zeigte die sieben Stufen des „Medienhypes Krieg“: von der ersten Aufmerksamkeit über den „Sonderberichterstat-

tungsbedarf“ bis zum Themenwechsel, wenn „eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird“ (siehe Kasten).

Die Korrespondenten vor Ort stehen unter einem enormen Druck. Sie seien eingezwängt in Markt-Mechanismen, angefeuert auch durch ihre Rolle des exklusiven „Mannes vor Ort“, gestoppt durch redaktionsinterne Standards:



- Wenn man berichten soll, kann man nicht vor Ort sein, kann nicht liefern.
- Wenn man liefern kann, ist die Konjunktur womöglich wieder vorbei.
- Schnelligkeit geht vor Hintergrund.
- Produzieren geht vor Recherchieren.
- Mainstream geht vor Eigenrecherche.
- Momentaufnahme und Exklusivität kommen vor Tiefgang.
- Dabei sein ist alles.

Morawski beklagte fehlende mediale Kontinuität: „Wir müssen mehrfach hinschauen, nachfragen, uns interessieren, mit anderen darüber reden, vielleicht sogar nachdenken.“ Kaum ein Konflikt sei eine historische Eintagsfliege.

Einer solchen nachhaltigen Berichterstattung hat sich Christoph Maria Fröhder verschrieben. Der freie Fernsehdocumentarist hat seit den Tagen des Vi-



*TV-Dokumentarist Christoph Maria Fröhder erkennt ein „verflachtes und boulevardisiertes Programmangebot auch der öffentlich-rechtlichen Anstalten“.*

etnamkriegs Fronterfahrung und kennt fast alle Kriegsschauplätze der letzten vier Jahrzehnte. Er fordert Nachhaltigkeit auch von anderen Journalisten, sieht jedoch drastisch reduzierte Möglichkeiten auf immer weniger Sendeplätzen in einem „verflachten und boulevardisierten Programmangebot auch der öffentlich-rechtlichen Anstalten“.

Für Bettina Gaus, politische Korrespondentin der taz und vorher viele Jahre in Krisengebieten Afrikas unterwegs, ist das Ende der Kriegsberichterstattung erreicht: „Es gibt inzwischen Orte in der Welt, an die ich als Journalistin aus Sicherheitsgründen nicht



*Für Bettina Gaus, politische Korrespondentin der taz, ist das Ende der Kriegsberichterstattung erreicht.*

mehr hingehe. Und die sicheren Orte in diesen Regionen sind uninteressant für eine seriöse Berichterstattung.“ Die Öffentlichkeit kriege das leider nicht mit, „denn Bilder vom Krieg gibt es immer und trotzdem.“

Auch „Stern“-Reporter Christoph Reuter, der sich auf seinen Reisen gelegentlich mit Vollbart, Kontaktlinsen, seinem fließenden Arabisch und gefälschten Papieren tarnt, geht nicht mehr nach Bagdad. Für ihn als Reporter eines Bildmediums wird der Voyeurismus des Publikums immer mehr

zum Problem: die Redaktionen wollen nur noch das große Massaker: „Ab 600 Toten fängt man an zu überlegen, ob man berichtet.“ Reuter würde gern den „Wettlauf der Zahlen“ stoppen und statt das „Tagesranking der Bombenanschläge“ zu bringen, lieber fragen:



*„Stern“-Reporter Christoph Reuter fordert: „Nicht mehr über Kriege berichten, sondern klüger.“*

„Was passiert da eigentlich?“ Seine Forderung lautet daher: „Nicht mehr über Kriege berichten, sondern klüger.“

## Fehlendes Verantwortungsgefühl

Auch Bettina Gaus beobachtet weltweit einen zunehmenden „Voyeurismus“: Live wird von internationalen Nachrichtensendern weltweit über ein brennendes Flugzeugwrack berichtet, „in dem wohl niemand überlebt hat.“

### Buchtipps:

Bettina Gaus: Frontberichte. Die Macht der Medien in Zeiten des Krieges. Campus 2004

Christoph M. Fröhder, Peter Graf: Ein Bild vom Krieg. Meine Tage in Bagdad. Hoffmann und Campe 2003

Gerhard Paul: Bilder des Krieges - Krieg der Bilder. Fink 2004

Christoph Reuter: Mein Leben ist eine Waffe. Selbstmordattentäter. Psychogramm eines Phänomens. Bertelsmann 2002

Christoph Reuter/Susanne Fischer: Cafe Bagdad. Der ungeheure Alltag im neuen Irak. Goldmann 2006

Tatsache ist: es gibt keinen einzigen Toten. „Diese Art von Journalismus lässt jedes Verantwortungsgefühl vermissen“, sagt die Berliner Journalistin. „Was wir eigentlich brauchen, ist ein Weltpresseabkommen.“ Sie macht sich aber keine Illusionen über die Machbarkeit eines solchen globalen Medienkodex.

Auf der anderen Seite will sie öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen – das funktioniert nur mit Bildern und Berichten über das Grauen. Gaus sieht aber auch die Gefahr der Abstumpfung. Oft habe sie sich in Ruanda gefragt: „Wie oft kann ich das beschreiben? Was ist dem Publikum zumutbar?“ Ihre Konsequenz: „Was ich noch beschreiben kann, können andere auch lesen.“ In der Ruanda-Berichterstattung sieht sie auch den Grund, warum jetzt der aktuelle Kongo-Krieg so wenig Beachtung findet. Internationale Beobachter hätten ihr gesagt: „Ruanda is hard to beat“ – Ruanda sei einfach an Grausamkeit nicht zu überbieten.

## Bilder als Waffe

Abgerundet wurden die Expertengespräche mit zwei Arbeitskreisen. Der Flensburger Historiker Gerhard Paul thematisierte „Bilder des Krieges“. Für ihn gilt der Satz: „Je mehr du siehst, um so weniger weißt du.“ Er spannte einen großen Bogen vom Beginn der modernen Kriegsberichterstattung und -propaganda im Krim-Krieg bis zu den Konflikten der jüngsten Gegenwart. Er sieht die inszenierten Bilder vom Krieg als eigenständige Waffen.

Das reale Gesicht des Krieges verschwinde allmählich. Höhepunkt dieser De-Realisierung seien die von Waffen selbst gemachten Fotos, auf denen der Tod abstrakt wird und keine Opfer mehr zu sehen sind. Ein Bombeneinschlag erscheint wie ein präziser chirurgischer Schnitt.

Paul analysierte eine Hygienisierung

sei. Die letzten Tabus seien noch nicht gebrochen. Gefährliche Entwicklungen sieht er hier bei einer möglichen Verknüpfung von Kriegsbildern und Pornografie im Internet. Seine Konsequenz und Forderung: Erziehung zur weitreichenden Medienkompetenz in Schule und Vorschule. Sie sei hierzulande unterentwickelt und könne gar

## „Nicht mehr über Kriege berichten, sondern klüger.“

*Christoph Reuter*

und Entdramatisierung des Krieges durch Aufnahmen, auf denen Tod und Vernichtung nur noch als technische Arbeit zu sehen seien. Der Historiker sieht eine „visuelle Rüstungsspirale“, deren Entwicklung noch nicht am Ende

nicht früh genug beginnen: „Diese Kulturtechnik muss erlernt werden wie Lesen und Schreiben.“

Auf das Internet verwies auch Mahmoud Tawfik von der Deutschen Welle. Er lenkte den Blick auf die „neue Al-Qaida“, die sich mit Hilfe moderner Medientechnik professionalisiere, dezentralisiere und öffne. Das Internet potenziere die Wirkung von Terrorzellen. Es sei immer weniger Aufwand nötig, um Schrecken und Tod zu verbreiten. Inzwischen reichten Puppen, die im Internet US-Soldaten in Geiselhaft darstellen. Videobotschaften sind in jedem Keller mit entsprechender Maskierung zu drehen und weltweit zu verbreiten. Und filmische Anleitungen zum Bombenbau lassen sich in jedem Kleinstlabor fälschen.

Die durch die Tagung hochsensibilisierten Teilnehmer jedenfalls waren äußerst skeptisch geworden und beschlossen bis auf weiteres, zumindest den Bildern nicht mehr zu trauen und sich wieder mehr auf Radio und Zeitung zu verlassen. ■

*Michael Schröder*



*Der Historiker Gerhard Paul sieht eine „visuelle Rüstungsspirale“.*

### Linktipps:

<http://www.reporter-ohne-grenzen.de>

<http://www.journalistenhelfen.org/home.htm>

[www.freemedia.at](http://www.freemedia.at)

Heidelberger Konfliktbarometer: <http://www.hiik.de>

Arbeitsstelle Kriegsursachenforschung Uni Hamburg: [www.akuf.de](http://www.akuf.de)

**(siehe Pressestimmen Seite 33)**

# Ausverkauf der Meinungsvielfalt?

## Politische und publizistische Folgen der Medienkonzentration

**N**ach einer relativ langen Zeit der Ruhe an der „Front“ der Medienkonzentration schwappt eine neue Welle versuchter oder vollzogener Fusionen und Verkäufe über das Land: Ausländische Investoren kauften die „Berliner Zeitung“, nachdem die Übernahme durch Holtzbrinck vom Kartellamt untersagt wurde. Journalismus auf Sparflamme ist die Folge. Springer hat vergeblich versucht, die ProSiebenSat1 Media AG zu schlucken. Der Verleger des „Kölner Stadtanzeigers“ kaufte die Mehrheit an der „Frankfurter Rundschau“. Daneben tauchen ganz neue Spieler im nationalen und internationalen Medienpoker auf und wollen ein Stück vom ertragreichen Fernsehkuchen haben: Kabel- und Satellitenbetreiber, Telefongesellschaften und internationale Investmentfonds, deren Geschäftsgebaren nicht gerade transparent ist. Rund um den Globus fließen riesige Kapitalströme auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Unsere gemeinsame Fachtagung mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) versammelte Wissenschaftler, Journalisten, Medienmanager und -kontrolleure zur Klärung der aktuellen Fragen und Probleme rund um die Medienkonzentration.

Der Eichstätter Kommunikationswissenschaftler Walter Hömberg – zugleich Sprecher des MAR – setzte Schlaglichter auf Entwicklungstrends der letzten 50 Jahre. Bei der Tagespresse gab es 1954 im alten Bundesgebiet 225 Publizistische Einheiten. Ihre Zahl schrumpfte bis 1976 auf 121, stieg durch die deutsche Vereinigung wieder auf 158 und ist nach einer erneuten Konzentrationswelle bei 139 angekommen. Die Zahl der selbstständigen Tageszeitungsverlage sank zwischen 1954 und 2005 von 624 auf 357. Die Zahl der lokalen Zeitungsmonopole steigt: Im Jahr 2004 waren 42 Prozent der Bevölkerung auf nur eine Lokalzeitung angewiesen. Die Zahl der Ein-Zeitungs-Kreise ist auf 58 Prozent gestiegen.

Dagegen ist bei den Publikumszeitschriften die Zahl der Titel um das Vierfache gestiegen und die verkaufte Auflage hat sich nahezu verdoppelt. Bei Fachzeitschriften ist die Zahl der Titel um fast zwei Drittel gewachsen, die Auflage allerdings beinahe um ein Viertel geschrumpft. Hömberg betonte, dass damit noch nichts über die ökonomische Konzentration gesagt und der Begriff der „Meinungsviel-

falt“ klärungsbedürftig sei. Er stellte die Frage, ob die Vielfalt *in* den Medien nicht noch wichtiger sei als die Vielfalt *der* Medien.



*Walter Hömberg: „Ist die Vielfalt in den Medien nicht noch wichtiger als die Vielfalt der Medien?“*

Der Ilmenauer Medienwissenschaftler Klaus-Dieter Altmeppen stellte eine Ökonomisierung des Mediensystems fest und definierte Meinungsmacht als Gestaltungsmacht der Medien, die sich aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt: Organisationsmacht,

Verhandlungsmacht, Markt- und Kapitalmacht. Er stellte ein Modell zur Sicherung von Meinungsvielfalt vor. Das Geschäft der Medien sei die Verteilung, das der Journalisten die Produktion von Inhalten. Insofern empfahl er eine Trennung von journalistischer und publizistischer Vielfalt.

### Versagen der Medienpolitik

„Die Medienpolitik hat versagt“, so Altmeppen. Denn: „Regulierung bedeutet Regelsetzung, Regeldurchsetzung und schließlich Sanktionierung bei Verletzung der Regeln.“ Gleichzeitig möchte er eine Sondersteuer für erfolgreiche Unterhaltungsprogramme erheben, um damit publizistische Qualität bei Informationsprogrammen quer zu finanzieren. Eine Forderung, die von Praktikern der Medienwirtschaft heftig kritisiert wurde. Schließlich sollte ein „gesellschaftliches Leitbild für eine verträgliche und nachhaltige Medienordnung“ erarbeitet werden, dessen Umsetzung die Medienunternehmen in regelmäßigen Berichten nachzuweisen hätten.

Auch der Dortmunder Medienforscher und Konzentrationsexperte Horst Röper hatte ein Modell zur Sicherung von Meinungsvielfalt parat. Er diagnostiziert immer mehr Monopolzeitungskreise und „Programmverantwortung“ im Rundfunk. Erfolgreiche Zeitungsneugründungen seien die Ausnahme. Leider gebe es keine gezielte Förderung durch den Staat: „Wir brauchen ein Umdenken in Richtung einer aktiven Medienpolitik.“ Vordringlich sei der Erhalt der bestehenden Blätter und ein Verhindern weiterer Konzentrationsprozesse. Nach ausländischem Vorbild müssten bei Monopolzeitungen unabhängige Ombudsleute für vernachlässigte Themen eingesetzt werden. Von den Verlagen bezahlt, sollten sie Anwälte der Öffentlichkeit sein gegen den publizistischen Missbrauch der Verlegermacht: „Es geht nicht an,



dass auf Anweisung des Verlags in der WAZ in Gelsenkirchen kein Bericht erscheinen darf über den Aufkauf und die Einstellung der Konkurrenzzeitung.“

## Sonntagsreden und Montagspraxis

Wenn die Politik bejahe, dass Lokaljournalismus nötig sei, müsse sie auch zu finanziellen Hilfen für Zeitungen bereit sein. „Dazu müssen allerdings die Bilanzen auf den Tisch“, sagte



*Horst Röper verlangt gezielte Hilfen durch den Staat zur Sicherung von Vielfalt.* Fotos: Schröder

Röper. Es gehe nicht um Subventionen für Leute, die „betriebswirtschaftlich den Überblick verloren haben.“ Die bestehenden Zeitungen sollten in die Lage versetzt werden, „die heutige Verlegergeneration zu überleben.“ Die Erben der Gründerväter hätten häufig keinen publizistischen Ethos mehr. Zu oft würde den Sonntagsreden über die freie Presse die Montagspraxis mit Stellenstreichung und Schließung von Lokalredaktionen folgen.

Den neuen Playern am lukrativen Fernsehmarkt widmete sich Victor Henle, Direktor der Thüringer Landesmedienanstalt. Unity, Arena und Telekom sind Namen, an die der Zuschauer sich gewöhnen müssen. Mit dem Lockmittel Fußball, dem „Rückgrat des Programms“ (so ARD-Programmdirektor Günter Struve), drängen internationale Investoren in den Pay-TV-Markt. Das sei an sich zu begrüßen, denn nun stehe Premiere nicht mehr allein da.

Den neuen Plattformbetreibern („hybride Wesen“) schrieb Henle eine „Filterfunktion mit Deutungsmacht“ zu. Der Medienkontrolleur sprach sich dafür aus, in neue Regulierungsvorschriften zur Konzentrationskontrolle die Nutzung und Meinungsrelevanz von Betreibern einzubeziehen und nicht nur technische Maßstäbe wie die Reichweite anzulegen. Sorge treibt Henle bezüglich des lokalen Fernsehens um: „Das droht unter die Räder zu kommen.“

## „Gegoogeltes Meinungsniveau“

Die geplante Verschlüsselungsgebühr für bisher kostenfreie private Sender wie RTL oder SAT1 („darum kommen wir nicht herum“) sieht Henle kritisch. Die geplanten 3,50 Euro pro Haushalt und Monat berechnen sich auf Jahreseinnahmen von rund 600 Millionen



*Der Thüringer Medienwächter Victor Henle spürt bei den „ständig neuen Aggregatzuständen auf dem Medienmarkt derzeit wenig Trittsicherheit“.*

Euro pro Jahr und Sender. Er fürchtet eine Anhäufung von Nutzerdaten bei den Sendern: „Der gläserne Zuschauer ist dann Realität und der Datenschutz geht unter.“ Und wenn Suchmaschinen wie Google, die jetzt schon als Schleusenwärter auf einem hochkonzentrierten Markt eine zentrale Rolle bei der globalisierten Kommunikation spielen, auch noch Programmanbieter werden, befürchtet Henle „ein gegoogeltes Meinungsniveau.“

Bilanzierend stellte der Thüringer Medienwächter fest, dass die „ständig neuen Aggregatzustände auf dem Medienmarkt derzeit wenig Trittsicherheit“ geben. „Um die fehlende Sicherheit wieder herzustellen, brauchen wir ein neues Medienrecht.“ Neue Akteure bringen zukünftig zwar mehr Chancen und mehr Wettbewerb, aber auch mehr Konzentration.

Den Verlust der Beschaulichkeit auf dem deutschen Medienmarkt sieht Hans-Jürgen Jakobs, Medienredakteur bei der Süddeutschen Zeitung. „Frü-



*Hans-Jürgen Jakobs: „Berlusconi am deutschen Markt wäre ein GAU“.*

her waren es 500 reiche Familien, die die Medien beherrschten, heute sind es 500 internationale Investoren.“ Die Kirch-Pleite erkennt er als das „Ende der formierten Gesellschaft“ und den Kirch-Käufer Haim Saban als „Boten einer neuen Zeit“: Das internationale Kapital sei heute mehr ein schneller Hirsch denn ein scheues Reh. Für ihn wäre der „größte anzunehmende Unfall“ (GAU) im deutschen Mediensystem, wenn Berlusconi die ProSieben-SAT1 Media AG übernehmen würde.

## Mächtige Werbeagenturen

Die Resultate des Ringens um die Fußball-Lizenzen findet Jakobs ernüchternd: Arena habe 800 000 Abonnenten – 2,5 Millionen seien als Profitgrenze genannt worden. Das Fußball-Abenteuer verlaufe schleppend und Arena verliere an Tempo. Die Kabel



Deutschland steuere einen Zick-Zack-Kurs, bei der Telekom gebe es eine noch schlechtere Bilanz. Der Medienjournalist Jakobs spürt „Ohnmacht bei den neuen Betreibern des Geister-Fernsehens.“ Vor allem hätten sie bei den Verbrauchern für gehörige Verunsicherung und Verwirrung gesorgt. Sieger sei allein der Rechteverkäufer, die Deutsche Fußball-Liga. Sie konnte durch den Poker ihren Umsatz von 640 auf 740 Millionen Euro steigern.

Ein besonderes Schlaglicht auf medienmächtige Akteure im Hintergrund warf Jakob: Die drei größten deutschen Medienagenturen decken 90 Prozent der Fernsehwerbung ab und stellen damit eine Macht dar, die auch nicht davor zurückschreckt, unkontrolliert Einfluss auf Programminhalte zu nehmen.

In der Schlussdebatte sprach der ZDF-Direktor für europäische Satellitenprogramme, Gottfried Langenstein, von der „digitalen Sprengung der Grenzen“. Die Globalisierung der Medien und das Internet ziehen Werbegelder aus dem deutschen Markt heraus.

Der Münchner Rechtsprofessor Peter M. Huber ist Mitglied der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Rundfunk (KEK) und mitverantwortlich für das Scheitern der Übernahme der ProSiebenSat1 Media AG durch den Springer-Konzern. Für ihn ist das Massenmedium Rundfunk am Ende – die Zukunft sieht er in einer immer stärkeren Individualisierung der Kommunikation. Dazu müsse eine angepasste und funktionsfähige Kontrolle kommen, die der neuen Technik gerecht werde. Huber sieht „Medieninhalte zur Ware degradiert“ und gab daran auch der EU-Kommission, die nur auf Wettbewerb und Markt setze, die Schuld. Die Rundfunkanstalten sollten sich endlich auf die eigenen Kernaufgaben konzentrieren und nicht beim Hase- und-Igel-Wettbewerb um die Fußballrechte mitbieten.

Gegen die „schicken Diskussionen“ über Deregulierung wandte sich der Präsident der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, Wolf-Dieter Ring: „Die neuen Anbieter wie Mobilfunkunternehmen sind Regulierung

nicht gewohnt – die wollen Geld verdienen.“ Er verlangte einen „breiteren Blick und neuen Mut zu Regelungen und Regulierungen. Statt Papier aus Brüssel sollte es endlich eine wirksame parlamentarische Kontrolle geben. Langenstein sprang ihm bei und sagte: „Die Deregulierungsforderung ist naiv – das angebliche Vorbild USA ist ein hoch regulierter Markt.“ Er sieht eine mögliche Renaissance des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur durch ein geschärftes Profil mit Selbstverpflichtung zur Qualität.

Einen Verlust an Medienpolitik beklagte der Wiener Kommunikationswissenschaftler Wolfgang R. Langenbucher: „Medienpolitik ist out, weil damit nie-



Wolfgang R. Langenbucher beklagte „mangelnde Qualität des Rundfunkmanagements.“

mand heute mehr politische Karriere machen kann.“ Wenn heute die Bundeskanzlerin im Internet via „www.Bundesregierung.de“ auftrete, dann sei das nichts anderes als „Staatsfernsehen“.

„Wo bleibt die Empörung?“ fragte der Medienexperte und beklagte die deutsche „Verlern-Kultur“ angesichts von knapp 50 Jahren deutscher Verfassungsrechtssprechung in Sachen Rundfunk.

## Affärengelagte ARD

Hans-Jürgen Jakobs sieht die ARD derzeit in einer schlechten Verfassung und von Affären geplagt. Seine Stichworte sind die Verflachung der Unter-

haltungsprogramme, das nicht aufgearbeitete Problem der Schleichwerbung und die „skandalöse Personalpolitik“, wie die Vertragsverlängerung von Programmdirektor Struve zeige. Jakobs regte eine Bürgerinitiative „SOS ARD“ nach österreichischem Vorbild an, wo sich zahlreiche Bürger und Prominente gegen die Zustände beim ORF gewehrt hatten.



Wolf-Dieter Ring: „Die neuen Anbieter sind Regulierung nicht gewohnt.“

Langenbucher, der die österreichische Medienlandschaft aus eigener Anschauung gut kennt, zeigte sich für Deutschland eher skeptisch, teilte aber Jakobs' Kritik: „Wir haben eine mangelnde Qualität des Rundfunkmanagements. Struve weiß doch gar nicht, was öffentlicher Rundfunk ist.“

## „Meinungsstarke Überzeugungstäter“

Langenbucher vermisste „meinungsstarke Überzeugungstäter in den Cheftagen der ARD“ und beklagte gleichzeitig eine schleichende Erosion der Inhalte des Artikel 5 des Grundgesetzes: „Dass wir stolz sein können auf unseren öffentlichen Rundfunk, das sollte eigentlich ins Wertgebäude der Bundesrepublik gehören!“ ■

Michael Schröder

(Siehe Pressestimmen Seite 32-33)

# Prinzipien einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung

**H**ohe Arbeitslosigkeit, Kürzungen von Sozialleistungen, neue Armutsberichte, aber auch staatliche Überregulierungen sind in Deutschland häufig Anlass für die Frage, ob die bestehende Soziale Marktwirtschaft Deutschlands noch den Anforderungen an eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung entspricht. Doch wie kann eine solche Ordnung auch wirtschaftsethisch begründet werden und nach welchen Prinzipien sollte konkrete Wirtschaftspolitik gestaltet werden? Dies sind Fragen, mit denen sich die Tagungsreihe „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ beschäftigte, die nunmehr zum zweiten Mal in Kooperation mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut in Halle (IWH) und mit Unterstützung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung in Tutzing organisiert wurde.

Ausgangsüberlegung der Reihe ist, dass grundlegende Orientierungen gerade in einer Zeit essentiell sind, in der wirtschafts- und sozialpolitische Reformen – oder das, was dafür gehalten wird – nahezu ständig auf der Tagesordnung stehen. Vielfach verfestigt sich der Eindruck, dass Reformlösungen durch angeblich alternativlose Sachzwänge begründet werden. Plakative begriffliche Polarisierungen – wie beispielsweise „Neoliberalismus“ versus „Soziale Marktwirtschaft“ – kennzeichnen die politische Debatte, ohne sie ordnungspolitisch und sozialphilosophisch zu fundieren. Die Gefahr einer solchen gedanklichen und begrifflichen (gewollten?) Unschärfe liegt in der mangelhaften Kohärenz und Tragfähigkeit von Reformansätzen.

## Berufung auf Mill

Das diesjährige Forum nahm den 200. Geburtstag des ökonomischen Klassikers John Stuart Mill (1806-1873) zum Anlass, über das Spannungsverhältnis von Liberalismus, Sozialismus und Sozialstaat zu diskutieren. In seiner Einführung wies Heinrich Oberreuter darauf hin, dass kaum ein anderer als John Stuart Mill dabei Orientierung geben könne, da er die Freiheit und Selbstverantwortung des Menschen ins Zentrum der Wirtschaftsordnung rückt, einer Forderung, die auch zunehmend die Reformdiskussion der Sozialen Marktwirtschaft Deutschlands bestimmt.

Können die ökonomischen Klassiker uns eine Richtschnur für aktuelle Reformen bieten? Michael Aßländer von der Universität Kassel würdigte die historische und ordnungspolitische Bedeutung von John Stuart Mill. Er sei



*Michael Aßländer würdigte die historische und ordnungspolitische Bedeutung von John Stuart Mill.*

*Fotos: Weichbrodt*

zweifelsfrei einer der Gründungsväter des Liberalismus, der die individuelle Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen hervorhob und Zeit seines Lebens „sozialistische“ Alternativvisionen von Wirtschaft und Gesellschaft (vor allem die marxistische) als gefährliche Verirrungen ansah. Dennoch war Mill bemüht, die individuellen Freiheitsrechte und die Gemeinwohlorientierung miteinander in Einklang zu bringen, was ihm sogar den Vorwurf

einbrachte, sich schrittweise dem Sozialismus anzunähern. Dies verkennt Mills Ansatz, denn er baute nicht auf staatliche Institutionen zur „Lösung der sozialen Frage“, sondern er setzte auf die „Individualmoral“, deren breite, alle gesellschaftlichen Ebenen erfassende Wirkung einen verständnisvollen und verantwortlichen Umgang der gesellschaftlichen Klassen miteinander begünstigen sollte. Während Kritiker dies noch als „naive“ Illusion abtun konnten, war Mills zweiter Ansatz – die Forderung nach Beschränkungen der individuellen Freiheit – weitaus massiver und konkreter. Dies sei dann gegeben, wenn erstens bestimmte Leistungen für die Gemeinschaft zu erbringen seien, zweitens das Glück der Nächsten nachhaltig gefährdet sei und drittens wenn der Einzelne mangels Mündigkeit unfähig ist, seine Freiheitsrechte sinnvoll zu gebrauchen. Die in einem solchen Sinne von sozialer Verantwortung getragene Gesellschaft (er befürwortete u.a. auch stark die Genossenschaftsbewegung) entwickelt Mill aus der Idee des Liberalismus selbst – ein Gedankengang, der im Zeitalter neo-liberaler Reformen sicherlich einen aktuellen Bezug hat.

## Fokus auf Umverteilung

In diesem Kontext verteidigte der Präsident des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft, Randolph Rodenstock, die Soziale Marktwirtschaft, die er unter Bezugnahme auf den Münchner Wirtschaftsethiker Karl Homann „... mit Gewinnstreben und Wettbewerb unter den Bedingungen der modernen Welt als das beste bisher bekannte Instrument zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen“ bezeichnete. Dass diese Einschätzung mehr als die Hälfte der Deutschen nicht teilt, ist für Rodenstock eine bedenkliche Entwicklung, die langfristig an den Grundlagen unseres Staatswesens rüttelt. Das Soziale sei weitgehend auf Umverteilung fokussiert und anerkenne immer weniger die soziale Dimension des



unternehmerischen Handels, denn nach John Stuart Mill seien „nicht Motive, sondern die Konsequenzen individuellen Tuns entscheidend.“ Hinter den gesellschaftlichen Zweifeln stehe – neben dem Fehlverhalten einiger Manager – ein weit verbreitetes Unverständnis bezüglich der Funktion des Unternehmensgewinns als Risikoprämie und des Wettbewerbs als kreatives Prinzip, um besseres und billigeres Angebot zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu produzieren. Letztlich sei unsere abgeschwächte



*Randolf Rodenstock sieht bedenkliche Entwicklungen bei der Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft.*

Wirtschaftsdynamik der Abkehr der „real-existierenden Sozialen Marktwirtschaft“ von ihrem Ideal geschuldet. Die Wiederbelebung alter Prinzipien mit weniger Steuern und Abgaben sei zur Dynamisierung der Wirtschaft notwendig – eine Forderung, die nicht bei allen im Publikum auf Gegenliebe stieß. Was eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung sein sollte, erweist sich nicht nur als eine Frage sozialethischer Grundsatzdebatten, sondern ist auch Gegenstand aktueller politischer Kontroversen – beispielsweise bezüglich des Niveaus der sozialen Grundsicherung. Kann sich die Politik nicht einigen, dann ist sogar das Bundesverfassungsgericht gefordert, denn Artikel 1 des Grundgesetzes schützt bekanntlich die Menschenwürde.

Ulrich Blum, der Präsident des IWH, näherte sich den aktuellen Fragen in einem großen ideen- und wissen-

schaftsgeschichtlichen Bogen – von der Antike über Augustinus zur Sozialbiologie – um die historische Bedingtheit veränderter Menschenbilder als Ausgangspunkt zur Bestimmung der Würde des Menschen herauszuarbeiten. Dabei ist schon sehr früh angelegt, dass die „Entscheidungsautono-



*Ulrich Blum entdeckt „wertbezogene Ermüdungserscheinungen“.*

mie“ des Menschen als Teil der Menschenwürde betrachtet werden kann. Nach dem 2. Weltkrieg haben dann die Ordoliberalen um Walter Eucken betont, dass die Wertordnung mit der ökonomischen Rationalität kompatibel sein müsse, um die Möglichkeiten des Menschen zu entfalten. Blum verwies aber darauf, dass technischer Fortschritt einerseits und Geldmangel andererseits eine „Grauzone“ von Entscheidungsspielräumen schaffe – er spricht von „wertbezogenen Ermüdungserscheinungen“ –, die hinsichtlich ihrer grundlegenden Wertorientierung immer weniger hinterfragt würde.

## Chancengerechtigkeit geboten

Unter dem Titel „Ist die Soziale Marktwirtschaft fair?“ griff Bernhard Sutor von der Katholischen Universität Eichstätt in diese grundlegende Debatte ein und stellte zunächst klar, dass kein Ordnungssystem an sich nicht „fair“ sein könne – dies könne nur für Personen gelten. Die entscheidende Frage laute vielmehr, ob die Ordnungssysteme so beschaffen seien, dass sich die Menschen fair verhielten. Der Markt

als effizientes Allokationssystem (intensiven Wettbewerb unterstellend) wird allerdings im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ergänzt. Das „Ausbalancieren“ zwischen Effizienz und Gerechtigkeit muss indes in der jeweiligen Zeit immer wieder neu gelingen. Dabei ist zwischen Verteilungs- und Chancengerechtigkeit zu unterscheiden, und eine stärkere Akzentuierung der letzteren sei in der heutigen Zeit dringend geboten.

Die Ausführungen von Sutor können als Grundlage für die sozialpolitischen Überlegungen der bayerischen Sozialministerin Christa Stewens gelten. Sie entwickelte Prinzipien einer nachhaltig aktivierenden Sozialpolitik. Statt eines Versorgungsstaates gelte es, die Menschen so zu aktivieren und zu befähigen, Vorsorge zu treffen bzw. soziale Notlagen zu überwinden. Dies setze auf die Eigeninitiative und auf eigenbestimmtes Handeln als zentrale



*Sozialministerin Christa Stewens entwickelte Prinzipien einer nachhaltig aktivierenden Sozialpolitik.*

Grundlagen einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung. In diesem Zusammenhang forderte sie eine aktivierende Sozialpolitik (Förderung der Arbeit, nicht der Arbeitslosigkeit) und verteidigte die Hartz-Gesetze. Sie mahnte aber auch Korrekturen an, um nicht im Rahmen des Arbeitslosengeldes II falsche Anreize bei den Zuverdienstmöglichkeiten zu schaffen. Die Förderung der privaten Eigenvorsorge im Alter und bürgerschaftliches Engagement waren weitere Stichpunkte ihres Konzeptes.

## Binnennachfrage stärken

Wie ist die aktuelle Wirtschaftslage Deutschlands zu beurteilen und welche wirtschaftspolitische Antworten sollten auf die Wachstumsschwäche und Beschäftigungskrise gegeben werden? Jürgen Pfister, Chefvolkswirt der Bayerischen Landesbank, und Jürgen Kromphardt von der TU Berlin und ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrates, gaben hierzu sehr verschiedene Antworten. Pfister mahnte aus angebotsorientierter Sicht vor allem eine



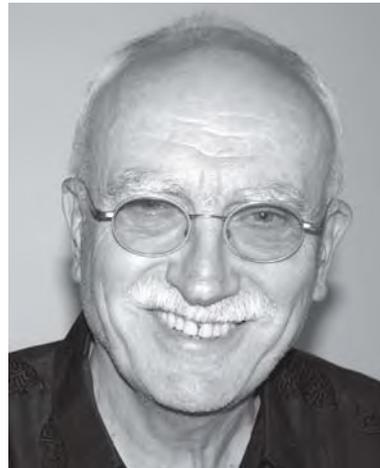
Jürgen Kromphardt: „Die deutsche Volkswirtschaft leidet an einer zu schwachen Binnennachfrage.“

weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verminderung der Sozialabgaben und eine Unternehmenssteuerreform an, die allerdings auch durch massive Investitionen in den Bildungsstandort Deutschland ergänzt werden müssten. Kromphardt verwies dagegen auf die Notwendigkeit der makroökonomischen Steuerung, denn die deutsche Volkswirtschaft leide an einer zu schwachen Binnennachfrage. Eine stärkere Förderung der Binnennachfrage durch eine aktivere Geld- und Fiskalpolitik sei deshalb angesagt, um die deutsche Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. Dem Einwand, dass einer solchen Politik durch den Maastricht-Vertrag und den zentralen Auftrag der Europäischen Zentralbank nach Preisstabilität enge Grenzen gesetzt seien, entgegnete Kromphardt mit dem Hinweis auf Spielräume, die das Vertragswerk bie-

te. Er äußerte zudem die Befürchtung, dass der gegenwärtige Aufschwung durch eine zu vorsichtige Geldpolitik der EZB (Zinserhöhungen) wieder zunichte gemacht werden könne.

## Liberalismus in der Transformation

Die herausragende Bedeutung des Wirtschaftsliberalismus als Leitkonzept der Transformation sozialistischer Wirtschaftssysteme kam in den beiden abschließenden Vorträgen der Tagung zum Ausdruck. Piotr Pysz von der Hochschule für Finanzen und Management in Bilastock (Polen) und Karel Dyba, ehemaliger tschechischer Wirtschaftsminister, betonten, dass ein wie immer geariteter „Dritter Weg“ bei der Umge-



Karel Dyba, ehemaliger tschechischer Wirtschaftsminister: „Ein ‚Dritter Weg‘ hat bei der Umgestaltung der Wirtschaftssysteme in Ostmitteleuropa keine Rolle gespielt.“

staltung der Wirtschaftssysteme in Ostmitteleuropa keine Rolle gespielt habe. Vaclav Klaus, jetziger tschechischer Präsident und „Architekt“ der Prager Reformen, formulierte einmal provokant: „Wir wollen eine Marktwirtschaft ohne Adjektiv“ und Konrad Adenauers Prinzip „Keine Experimente wagen“ galt auch für die junge Wirtschaftselite. Dass dem Wirtschaftsliberalismus ein „Siegeszug“ in Ostmitteleuropa gelang, war einerseits aufgrund des Zusammenbruchs kollektivistischer Experimen-

te verständlich, andererseits bemerkenswert, denn in dieser Region hatte er historisch wenig geistige Wurzeln. Der Kommunismus ließ nach dem 2. Weltkrieg liberales Gedankengut nicht zu, so dass die Kritik an der zentralen Planwirtschaft sich zunächst an der Suche nach sozialistischen Alternativen zwischen Plan und Markt orientierte (Ota Sik, Wladimir Brus).

Gerade das Scheitern dieser Reformversuche förderte in den 1980er Jahren ein grundlegendes Umdenken bei den jüngeren Wirtschaftswissenschaftlern (Leszek Balcerowicz, Vaclav Klaus), die dann in der Systemtransformation konsequent liberale Konzepte verfolgten. Alternative Transformationskonzepte (langsam und graduell) wurden als zu risikoreich verworfen, doch von der Realität in vielen Bereichen (vor allem bei den institutionellen Änderungen) erzwungen.

Pysz wies allerdings darauf hin, dass in den ersten Jahren die tiefe Transformationskrise zu unrecht diesem Konzept angelastet wurde. Doch auch in den folgenden Jahren waren trotz des hohen Wirtschaftswachstums noch gravierende soziale Verwerfungen – u.a. die hohe Arbeitslosigkeit – zu beobachten, die nunmehr langsam die Legitimationsgrundlage des freiheitlichen Systems unterhöhlen. Geringe Wahlbeteiligung, instabile politische Systeme und rasch wechselndes Wahlverhalten in den neuen Mitgliedsländern seien die Konsequenz. Dies berge die Gefahr in sich, dass das Pendel der Geschichte sich wieder gegen den Liberalismus wende. Das freiheitliche Konzept müsse sich deshalb die Äußerungen Walter Lippmanns in den 1930er Jahren zu Herzen nehmen, der davor warnte, den Liberalismus auf die Destruktion von Einschränkungen und Hindernissen der Freiheit zu beschränken.

Pysz mahnte an, die Vorstellungen der „Ordoliberalen“ zu berücksichtigen und die „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) sowie den wirtschaftlichen Wohlstand mit einem ordnungspolitischen Rahmen zu verknüpfen, der sich auch übergeordneten Werten von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verpflichtet fühlt. Dann ließe sich die „Erosion der liberalen Doktrin“ stoppen. ■

Wolfgang Quaisser

# Kampf um Wasser

Konflikte um ein Überlebensmittel

**W**asser wird weltweit knapp. Die Situation wird sich durch Bevölkerungswachstum, Intensivierung der Landwirtschaft und den Klimawandel zuspitzen. Hier stellt sich für unsere unmittelbare Zukunft die entscheidende Frage, ob Konflikte oder sogar Kriege um Wasser zu befürchten sind. Die Konferenz zum Thema Wasser widmete sich jedoch nicht nur sicherheitspolitisch relevanten Fragen, sondern bot auch Informationen zu übergreifenden Themen.

„Klimawandel und Wasserverfügbarkeit“ von Wolfgang Seiler vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung in Garmisch-Partenkirchen, „Klimawandel und Wasserkatastrophen“ von Gerhard Berz, ehemaliger Leiter der Geo-Risikoforschung bei der Münchener Rückversicherung, mit diesen beiden Referaten zum Einstieg sollte geklärt werden, welchen Einflüssen die konfliktträchtige Ressource Wasser ausgesetzt war und künftig sein wird.

Für Wolfgang Seiler ist der Klimawandel zu 70 Prozent von den Menschen gemacht. Er ist in vollem Gange und er wird, wegen der verzögerten Reaktionszeit des Klimasystems, noch viele Jahrzehnte weiter gehen, selbst wenn die Menschheit über Nacht die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen stoppen könnte.

## Verlust der Gletscher

Der globale Temperaturanstieg um 0,8°C seit 1860 verdeckt eher die Dramatik der regional schon beobachteten oder zu erwartenden Entwicklungen. So ist die Durchschnittstemperatur in den letzten 100 Jahren in Deutschland um ganze zwei Grad gestiegen, ein Verlust von 50 Prozent bei den Gletschereismassen ist zu verzeichnen. Die Vegetationsperiode hat sich allein in den letzten 30 Jahren um drei Wochen pro Jahr verlängert. Wenn nach den neuesten Berechnungen der Klimaforscher die globale Erderwärmung sogar über 3°C erreichen wird, wird die Erde in einem erdgeschichtlich atemberaubenden Tempo zu Kli-

mabedingungen zurückgekehrt sein, wie sie zuletzt vor drei Millionen Jahren gegeben waren.



*Wolfgang Seiler: Klimawandel zu 70 Prozent von Menschen gemacht*

Die Menschheit kann den Klimawandel nicht mehr aufhalten, sie kann und sollte durch Energieeinsparung und rationellere Nutzung vielleicht noch Extreme verhindern. Im Übrigen muss sie sich auf die Dinge einstellen, die da kommen werden. Die Landwirtschaft in Deutschland beispielsweise darauf, dass wir mit größeren Winter- und Frühjahrsniederschlägen rechnen müssen. Die Sommerperiode aber könnte so trocken werden, dass die Fichte, der Brot-und-Butter-Baum unserer Waldbauern, nicht überleben kann. Die Touristikbranche in Deutschland wird hingegen davon profitieren, dass Urlauberströme sich umdrehen und immer mehr Italiener im Sommer

gen Norden fahren, um der extremen Sommerhitze der mediterranen Breiten auszuweichen.

## Häufigere Extremereignisse

Gerhard Berz konnte die von W. Seiler postulierte Tendenz zu häufigeren und intensiveren Extremereignissen nur bestätigen. Die langfristigen Wetterbeobachtungen lassen keine Zweifel an diesem Trend zu, auch wenn zu Recht darauf verwiesen wird, dass der exponentielle Anstieg der Schadenssummen ein Stück weit mit Bevölkerungszunahme, dichter Besiedlung und größerem Wohlstand zusammenhängt. Doch allein der Umstand, dass die neun wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen zwischen 1995 und 2005 liegen, spricht eine eindeutige Sprache.



*Gerhard Berz: exponentieller Anstieg der Schadenssummen*

Das Jahr 2005 stach nicht nur durch eine bisher einmalige Serie von schweren Hurrikänen wie „Katrina“ hervor, auch Niederschlagsextreme waren zu verzeichnen. In Europa erinnern wir uns an nie gekannte Regenmengen und Überschwemmungen in der Schweiz, Deutschland erlebte im August eine Wiederholung des Pfingsthochwassers von 1999 (Niederschlagsmenge etwas geringer, aber dafür intensiver), gleichzeitig halbierten sich in Westfrankreich, Spanien, Portugal und Großbritannien zwischen Oktober 2004 und Juni 2005 die Niederschlagsmengen.

Im Sommer waren riesige Waldbrände in Spanien und Portugal die Folge. Südbrasilien und das Amazonasgebiet erlebten eine sehr lange Trockenperiode, von Meteorologen erklärt mit den extrem hohen Temperaturen über dem tropischen Atlantik. Und die westindische Stadt Mumbai verzeichnete am 26. Juli einen Rekordniederschlag von 944 mm, davon 885 mm in zwölf Stunden!

Dem Problembereich Wasserversorgung in der Landwirtschaft widmete sich Winfried von Urff von der TU Weihenstephan. Er legte dar, dass bis 2030 die doppelte Menge von Nahrungsmitteln produziert werden muss wie bisher, um die Versorgung zu sichern. Gerade in Entwicklungsländern, deren Anteil am Welternährungsverbrauch auf 80 Prozent gestiegen ist, herrscht vielfach Übernutzung. Landreserven sind nur bedingt vorhanden, zum Beispiel in Brasilien oder Kalimantan, nicht aber in anderen Gebieten Südamerikas und Asiens.

## Größere Speicher

Hinzu kommt, dass 10 Millionen Hektar Bewässerungsfläche durch Versalzung verloren sind. Versalzung entsteht, wenn in Folge von Überwässerung und fehlender Entwässerung aufsteigendes, mit Mineralien angereichertes Wasser Salz an die Oberfläche abgibt. Bewässerung ist notwendig, allerdings können nur staatliche Kontrolle und soziale Sanktionen Versalzung und übermäßige Wasserentnahme verhindern.

Schon bald werden in Entwicklungsländern zwei Drittel der Getreideproduktion von bewässerten Flächen stammen. Hier ist ein Umdenken erforderlich: Lybien und Saudi-Arabien verbrauchen beispielsweise mehr Wasser, als aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung steht. Es wäre viel sinnvoller, wenn diese Länder mit ihren Öleinkünften auf dem Weltmarkt Weizen kaufen würden, statt wertvolles, fossiles Grundwasser unwiederbringlich

zu verschwenden. Als Vorsorge, so von Urff, sind insbesondere in der Dritten Welt größere Speicherkapazitäten nötig.

Dirk Köwener vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe (ISI) berichtete über Liberalisierung und Privatisierung in der Wasserwirtschaft. Liberalisierung schloss er aus, da es kein überregionales Netz gibt und überall gleiche Qualität nicht erreichbar sei, es zudem rechtliche Probleme gebe. Privatisierung könne ein Weg sein, von den oft zu kleinen Regiebetrieben der Kommunen wegzukommen und bessere Kostentransparenz zu schaffen. Hier seien viele Unternehmensformen denkbar, in denen auch für öffentliche Interessen wie Umweltgesichtspunkte noch Raum bleibt.

Muss man Konflikte oder Kriege um Wasser befürchten? Ein Ergebnis der Regionalexperten war, dass Wassermangel in vielen Ländern erst in der



Zeichnung: Stuttmann

Überlagerung mit politischen Machtkämpfen, Wirtschaftsinteressen und Territorialkonflikten zur Kriegsgefahr wird. Waltina Scheumann von der Humboldt-Universität Berlin räumte im Laufe ihres Vortrags zu Wasserkonflikten am Euphrat mit gerne gehegten Vorurteilen über die „zerstörerischen“ Staudämme in der Osttürkei auf. Diese Großprojekte seien sicher nicht immer mit der einheimischen Bevölkerung abgestimmt und verursachten ökologische Probleme. Es dürfe jedoch nicht übersehen werden, wie viel Infrastruktur, Energieversorgung, Gewerbeansiedlung, Arbeitsplätze und Konjunktur damit in strukturschwachen und unterentwickelten Gebieten Anatoliens geschaffen werden.

Die starke Stellung der Türkei in möglichen Nutzungs rivalitäten entsteht durch die Tatsache, dass 90 Prozent des Euphrat- und Tigriswassers in der Türkei generiert werden. Wasserkriege werden in dieser Region auch nach Angaben der Transboundary Freshwater Dispute Database kaum entstehen, aber das Problem bleibt, dass der geplante Verbrauch aller Anlieger, Türkei, Irak, Syrien, höher ist als die generierte Wassermenge.

Zwischen den Anliegern existieren nur bilaterale, keine multilateralen Abkommen und es besteht kein Konsens über die Aufteilung entnommener Wassermengen, die anzusetzenden Niederschlags- und Verdunstungsmengen und das Vorgehen bei der Marschenrenaturierung im Irak. Die Türkei will keine fest definierten Durchleitungsmengen akzeptieren, weil sie befürchtet, diese in Dürreperioden nicht einhalten zu können.

## Sinkende Grundwasserspiegel

Zusätzliche Probleme in der Region entstehen durch die neue militärisch-technische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel und durch Syriens Vergangenheit als potenzielles Rückzugsgebiet für terroristische und extremistische Gruppierungen. Doch sind durchaus positive Entwicklungen zu sehen wie die Beilegung türkisch-syrischer Spannungen 1998 und die

EU-Wasserrahmenrichtlinie, die auch schon Beitritts-Kandidaten wie Bulgarien und die Türkei an den Verhandlungstisch bringt.

Im Jemen, einem der wasserärmsten Gebiete der Erde, verschärft sich die Wasserknappheit durch das hohe Bevölkerungswachstum. Kirsten Dölle von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) beschreibt, wie durch mangelnde Kontrolle und Ineffizienz der Grundwasserspiegel teilweise um bis zu 1.000 Meter gesunken ist. Unkontrollierte Entnahme, Korruption, zu wenige Zähler, kaum Gebührenerhebung, Subventionierung von Dieselkraftstoff für Wasserpumpen und Wasserverschwendung in der Landwirtschaft verschärfen das Problem. Der bewässerungsintensive Anbau der Qat-Pflanze führt zu unermesslichem volkswirtschaftlichen Schaden: Einige Haushalte wenden über die Hälfte ihres Einkommens für das Rauschmittel auf. Doch der Jemen, das einzige Land auf der arabischen Halbinsel mit relativ freier Presse und Mehrparteiendemokratie, hat auch Erfolge aufzuweisen. Die zentrale Wasserverwaltung hat in zwölf Städten die Leistungen verbessert und damit die Zahlungsmoral erhöht.

## Ungleiche Machtverteilung

Der Jordan und die Wasserverteilung zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten ist ein wesentlicher Bestandteil des Nahost-Konfliktes. Vorrangig geht es, so Ines Dombrowski vom Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, um das Grundwasser der Westbank, dessen Nutzung von Israel dominiert wird. Die palästinensischen Gebiete leiden unter Wasserverschmutzung und Übernutzung der Wasservorräte. 14 Prozent der Haushalte haben keinerlei Wasserzugang. Während der zweiten Intifada wurden große Teile der Wasserversorgung zerstört. Jüdische Siedler konnten mit der Duldung auch illegaler Wasserleitungen rechnen. Die Siedlungen werden subventioniert und zahlen, so Ines Dombrowski, höchstens 0,4 Dollar pro Kubikmeter – Palästinensern dagegen wird etwa 1,2 Dollar pro Kubikmeter

Wasser berechnet. Im Falle der gar nicht seltenen Leitungsunterbrechungen und Wasserabschaltungen in palästinensischen Gebieten muss die Wasserversorgung per Tanklasten erfolgen, was die Kosten auf 7,5 Dollar pro Kubikmeter vervielfacht. Hier zeigen sich die asymmetrische Machtverteilung und die mangelnde Durchsetzung völkerrechtlicher Prinzipien besonders deutlich. Die Palästinensischen



*Ines Dombrowski: „14 Prozent der Haushalte in Palästina haben keinerlei Wasserzugang.“*

Behörden sind in allen Entscheidungen von Israel abhängig und müssen sich dennoch in der eigenen Bevölkerung durchsetzen.

Die Landwirtschaft muss sich im Nahen Osten generell in Zukunft vermehrt mit Abwasserwiederverwendung beschäftigen und auf „virtual water“ übergehen, das bedeutet, nicht Wasser, sondern das fertige, benötigte Produkt, beispielsweise Getreide, zu importieren.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Wassernutzung geht mit wirtschaftlichen, ökologischen und sicherheitspolitischen Problemen einher, hat aber bisher als alleiniger Auslöser noch nicht zu kriegerischen Konflikten geführt. ■

*Saskia Hieber /  
Karl-Heinz Willenborg*

## Grenzfragen: Die Türkei an der Schwelle zur EU

**D**ie EU muss mit jedem Beitritt eines weiteren Landes ihre Grenzen neu definieren – nicht nur die geografischen. Dazu kommen geostrategische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Aspekte und Überlegungen zur eigenen Identität und Belastbarkeit der europäischen Bürger. Die Frage des EU-Beitritts der Türkei war Gegenstand eines Akademiegesprächs, bei dem sich die Positionen der EU-Expertin Sylvie Goulard vom Institut d'Etudes Politiques de Paris und des Leiters der türkischen Redaktion der Deutschen Welle, Baha Güngör, gegenüber standen: Goulard bewertet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei derzeit eher skeptisch, während Güngör die Angst der Europäer vor der Türkei nicht verstehen kann.

Akademiedirektor und Moderator Heinrich Oberreuter befürchtete im Zuge der Beitrittsverhandlungen die Gefahr einer gegenseitigen Überforderung, die durch eine enge Anbindung (privilegierte Partnerschaft oder erweiterte assoziierte Mitgliedschaft) aufgehoben werden könne (siehe Kasten). Die Option einer Integrationsalternative sei im Moment für die Türkei zwar nicht aktuell, könne aber doch Ergebnis langjähriger Beitrittsgespräche sein und aus der Sackgasse blockierter Verhandlungen herausführen.

Sylvie Goulard betonte, dass die Reformbemühungen der Türkei durchaus zur Kenntnis genommen werden, doch den Europäern dränge sich immer mehr die Frage auf, ob das Land die politischen und wirtschaftlichen Kriterien für eine Aufnahme in die Union auch in zehn bis fünfzehn Jahren erreichen könne. Sorgen bereiten die Größe des Landes, die der von rund zehn EU-Staaten entspricht, außerdem vor allem seine Außengrenzen, die Europa völlig neu definieren würden. Damit würden sowohl das ausbalancierte Machtgefüge, die bisherigen EU-Politikbereiche (Agrar- und Strukturpolitik) und das Selbstverständnis der EU auf die Probe gestellt.

Die Französin relativierte jedoch die aktuelle Bedeutung der Türkeidiskussion, indem Sie feststellte: „Das Hauptproblem ist nicht die Türkei selbst, sondern der Iran.“ Sie stellte die

kritische Frage: „Wäre denn mit der Aufnahme der Türkei Schluss oder was ist dann weitere 15 Jahre später beispielsweise mit Marokko?“



*Kontroverse Ansichten zur EU-Mitgliedschaft der Türkei: die französische Politikwissenschaftlerin Sylvie Goulard, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und der deutsch-türkische Journalist Baha Güngör (von links).*

*Foto: ks*

„Es ist immer noch besser, dass eine assoziierte Türkei im Atomstreit mit dem Iran mit europäischer Zunge spricht, als eine abgewiesene Türkei gegenüber der EU mit iranischer Zunge“, konterte Güngör.

Die noch unterentwickelte europäische Identität mache eine Erweiterung in Richtung Türkei derzeit nicht möglich, ein Standpunkt, mit dem Goulard an

die Begrüßungsworte von Landtagspräsident Alois Glück anknüpfte: „Es ist die eigene Unsicherheit der EU, die eine weitere Öffnung so schwer macht“, sagte Glück. Er bezeichnete die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei als „das heißeste europäische Thema neben der EU-Verfassung“, das auch innertürkisch entsprechend diskutiert werde.

### Zu wenig europäisches Wir-Gefühl

Die Französin Goulard trat als leidenschaftliche Europäerin auf, die es dennoch an Kritik nicht fehlen ließ: „Wir müssen endlich Europa ernst nehmen,

Europa ist ein wunderbares Projekt, aber nicht mit den derzeit handelnden Regierungen, die etwas verloren haben, was das europäische Volk durchaus noch besitzt, nämlich gesunden Menschenverstand“, sagte sie und appellierte: „Wir sollten wirklich diskutieren dürfen, dass der Islam in eine Richtung geht, die für die westliche Welt gefährlich ist“. Natürlich würden sich die Probleme mit dem politisier-



ten Islam auch ohne EU-Beitritt der Türkei stellen, doch so wie in Europa Religion kein Grund für Ausgrenzungen sein darf, sei Religion umgekehrt eben auch kein ausreichender Grund für eine Einbeziehung: „Wir müssen an diesem Punkt viel strenger sein: Der Dialog der Religionen muss nicht im Europarat stattfinden“, sagte Goulard. Europa existiere nicht wirklich, solange die Regierungen nebeneinander statt miteinander entscheiden. Auch das europäische Wir-Gefühl habe sich in den letzten 20 Jahren nicht weiterentwickelt. Ängste und ein Mangel an Begeisterung überwiegen und für eigentlich nationale oder gar regionale Probleme würde die Schuld in Brüssel gesucht.

Goulard beschrieb ihren Respekt vor den Gründervätern Europas und deren Werten, die in den frühen 50er-Jahren Frieden und Versöhnung, eine „Globalisierung“ im besten Sinne, zur Vision hatten. „Der Mensch stand im Mittelpunkt des europäischen Projektes, das sollte auch so bleiben“. Es habe 1995 in Helsinki an demokratischem Verständnis und Kommunikation gemangelt, als europäische Staatschefs der Türkei Versprechungen machten.

Oberreuter stellte die Frage, ob es überhaupt ein gültiges Versprechen gebe.

## Zuverlässiger Partner

Oberreuter hatte die Antike, die Bibel und die Aufklärung als kulturelle Wurzeln Europas beschrieben, das in seiner Identität nun mit einer „entchristlichisierten“ Gesellschaft kämpfe. In bestimmten Phasen war Europa aber auch stark türkisch geprägt. Andererseits hätte sich die Türkei „immer schon an Europa orientiert“, sagte der türkischstämmige, deutsche Journalist Güngör. Diese „historische Richtung hin zu Europa“ müsse weiter ausgebaut und damit zugleich die Ängste abgebaut werden. Mit der Heranführung an die Werte der EU biete die Türkei „wie kein anderes Land die Chance, aus europäischen Visionen Realität werden zu lassen“. Europa gewinne dabei Mehrwert. Er warb für die Türkei als „immer zuverlässigen Partner des Westens und der westlichen Werte“. Als

## Alternativen zur Integration

Im Zuge der Diskussion über die Beitrittsperspektive der Türkei wurden verschiedene EU-Integrationsalternativen entworfen. Während die CDU/CSU auf eine privilegierte Partnerschaft setzt, die maßgeschneiderte wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Türkei unter der Schwelle der Vollmitgliedschaft anvisiert, wird in einer Studie des Osteuropa-Instituts München (OEI) eine „erweiterte assoziierte Mitgliedschaft“ (EAM) vorgeschlagen, die zwischen dem assoziierten Status und der Vollmitgliedschaft eine Integrationsform schafft. Im Kern sieht die EAM eine Ausdehnung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) plus Zollunion vor, beinhaltet aber außerdem die Teilhabe an den politischen Strukturen der Union ohne formalisiertes Abstimmungsrecht und eine partielle Integration in die Kohäsionspolitik. Die EAM kann Endstufe der EU-Anbindung sein, schließt aber nach einer erfolgreichen Kooperati-

onsphase und erneuten Beitrittsverhandlungen eine EU-Vollmitgliedschaft nicht grundsätzlich aus. Ein weiterer Vorteil des Konzeptes besteht darin, dass die EAM auch Staaten des Westbalkans, der Ukraine und anderen europäischen Ländern zunächst als Zwischenlösung angeboten werden kann. Offensichtlich gehen die Überlegungen des Auswärtigen Amtes nunmehr in die gleiche Richtung (vgl. FAZ vom 2. Juli 2006: Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU).

Die Studie des OEI kann aus dem Netz kostenlos herunter geladen werden: Wolfgang Quaisser/Steve Wood: EU Member Turkey? Preconditions, Consequences and Integration Alternatives, Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (Forost), Arbeitspapiere Nr. 25, Oktober 2004.

Internet: [www.lrz-muenchen.de/~oeim/forostwp25.pdf](http://www.lrz-muenchen.de/~oeim/forostwp25.pdf)

jahrzehntelanges Mitglied im Europarat und NATO-Mitglied sei sie „mehr als nur ein Staat, der eben EU-Mitglied werden möchte“.

Neben den gemeinsamen Werten habe die Türkei aber auch „gemeinsame Feinde mit Europa“: Der Kampf gegen den Terrorismus könne nur gemeinsam angegangen werden, sagte Güngör. „Ja, die Türkei hat wahrsin-nig viele Probleme, aber auch ein großes Reformpotenzial“, so Güngör weiter. Er sorgte für einige Unruhe im engagierten Publikum, indem er in Frage stellte, ob die Vertreibung der Armenier durch die jungtürkische Bewegung, die bestrebt war, einen homogenen türkischen Staat zu schaffen, tatsächlich als Völkermord bezeichnet werden müsse. „Die Türkei muss den Problemen der eigenen Geschichte in die Augen sehen“, forderte entschieden Sylvie Goulard, kein europäisches Land könne sich der Aufarbeitung seiner Geschichte verweigern.

Bei aller Annäherung wünsche die Türkei allerdings „keine christliche Missionierung“, sagte Güngör. Als abrahamitische Religionen „beten Muslime und Christen doch letztlich den selben Gott an“ – ein Einwand, der von Oberreuter als „gefährliches Terrain“ bezeichnet wurde, da die Religionsfreiheit in Frage gestellt würde.

Große Erwartungen liegen in europäischen Fragen auch auf der jungen Generation. „Wir müssen den Kindern noch mehr Gefallen an Europa vermitteln, wir müssen noch viel mehr Austausch ermöglichen“, appellierte Goulard. Oberreuter konstatierte eine „erfreulich große Offenheit der jungen Generation für den kosmopolitischen Horizont“. ■

*Karin Siebert/Wolfgang Quaisser*

# Zurück in der Normalität – aber unreformierbar?

Die italienischen Verhältnisse nach der Abwahl Berlusconi

**D**ie italienischen Parlamentswahlen vom April des Jahres 2006 förderten ein hauchdünnes Ergebnis zu Tage – so hauchdünn, dass lange Unklarheit über den Sieger herrschte und die Besiegten das Ergebnis lange anzweifelten. Am Ende aller Auszählungen und Nachzählungen stand fest: Die Mitte-Rechts-Koalition Silvio Berlusconi war im Fotofinish geschlagen worden, das Mitte-Links-Bündnis Romano Prodis erhielt eine knappe Mehrheit im Parlament. Damit gingen fünf Jahre zu Ende, die unter den Vorzeichen eines Medienmoguls im Amt des Regierungschefs von vielen Beobachtern als Ausnahmezustand einer Demokratie in Gefahr gesehen wurden. Ist Italien nach der Abwahl Berlusconi zur Normalität zurückgekehrt? Was bedeutet der Machtwechsel für Italien? Wie sieht Italiens Zukunft im Lichte der neueren Entwicklungen aus? Mit diesen Fragen beschäftigten sich namhafte Experten bei einer Tagung der Akademie.

Auch hätten ungünstige Rahmenbedingungen wie die gesamteuropäische Wachstumsschwäche Italien verstärkt getroffen, so dass im Ergebnis die ökonomischen Zahlen der Regierung Berlusconi ein verheerendes Zeugnis aus-



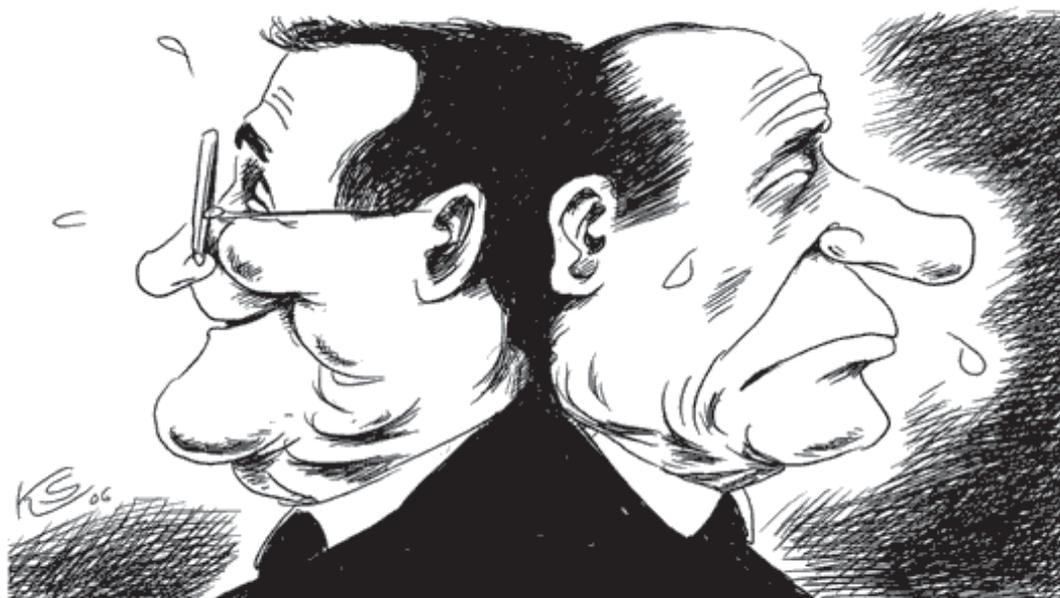
Wahlsieger Romano Prodi mit hauchdünner Mehrheit.

## Zentrale Reformen verhindert

Roland Höhne von der Universität Kassel zog zu Beginn der Tagung Bilanz nach fünf Jahren unter Berlusconi. Vor allem in ökonomischer Hinsicht hätte die Mitte-Rechts-Regierung ihre Versprechungen nicht einlösen kön-

nen. Der angebotsorientierte, thatcheristische Ansatz des Regierungschefs sei kaum verwirklicht worden, was vor allem dem Widerstand der konservativen Koalitionspartner geschuldet sei. Aber auch Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Kräfte hätten zentrale Reformvorhaben mindestens gebremst, wenn nicht gar verhindert.

stellten. Auch Reformen in anderen Bereichen seien kaum vorangekommen: Die Veränderungen im Justizsystem wurden von den Eigeninteressen des Regierungschefs überlagert und die große Verfassungsreform scheiterte bei einem Referendum. Insgesamt sei der autoritäre Regierungsstil auf Kosten der Durchsetzungsfähigkeit



Italien nach der Wahl ...

Zeichnung: Stuttmann



gegangen. Wegen mangelnder Verhandlungsbereitschaft und nur schwacher Basis der Regierungsparteien hätte auch die direkte Kommunikation mit den Wählern über das Fernsehen keine ausreichende Unterstützung für die Regierungspolitik mobilisieren können. Bei der Frage, ob die neue Regierung unter Prodi die Probleme Italiens meistern könne, zeigte sich Höhne skeptisch: Die Probleme einer uneinigen Koalition und gesellschaftlicher Widerstände bleiben bestehen.



*Carlo Masala: „Italien ist in einem so katastrophalen Zustand, dass es unreformierbar ist – egal wer regiert.“*

## Konstante Lager

Stefan Köppl von der Akademie analysierte Wahlkampf und Wahlergebnis. Der Wahlkampf hätte selbst für italienische Verhältnisse einen Tiefpunkt dargestellt und habe vor allem aus persönlichen Anfeindungen und gegenseitigen Vorwürfen der Lager bestanden.

Obwohl die Opposition in den Umfragen seit langer Zeit geführt und die Demoskopien einen klaren Sieg des Mitte-Links-Bündnisses signalisiert hatten, könne man das Ergebnis aber eher als unentschieden, bestenfalls als hauchdünner Sieg für die Koalition Prodis deuten. So sei es nur dem Wahlrecht zu verdanken, dass diese trotz des minimalen Vorsprungs von 24.775 Stimmen in der Abgeordnetenversammlung eine klare Mehrheit der Mandate erringen konnte.

In der zweiten Kammer, dem Senat, blieb es jedoch bei dem knappen Vorsprung von nur zwei Mandaten.

Obwohl viele Beobachter von einem genau in der Mitte gespaltenen Italien sprachen, ergebe ein genauerer Blick auf die Daten einen anderen Befund: Mitte-Links errang klare Mehrheiten im Süden und in der Mitte des Landes sowie bei den Jungwählern, während Mitte-Rechts im Norden und bei älteren Wählern klar in Front liege. Auffällig sei auch, dass die Stärkeverhältnisse zwischen den beiden Lagern weitgehend konstant blieben: Machtwechsel ergeben sich lediglich durch minimale Wählerwanderungen und Bündnistaktik.

## Atmosphärische Verstimmungen

Hat Berlusconi Italien wirklich in die Isolation geführt? Dieser Frage wendete sich Carlo Masala, der am NATO Defence College in Rom forscht und lehrt, in seiner Analyse der außenpolitischen Lage des Mittelmeerlandes zu.

Entgegen der bei Kommentatoren weit verbreiteten Einschätzung diagnostizierte er lediglich atmosphärische Verstimmungen. Faktisch sei Italien bei keiner wichtigen europäischen oder größeren internationalen Initiative außen vor geblieben. Somit sei es auch unter Berlusconi trotz aller stilistischen Entgleisungen bei den wesentlichen Eckfeilern italienischer Außenpolitik geblieben: Die exponierte geopolitische Lage habe die Waage zwischen europäischer und atlantischer Orientierung sich schon seit Jahrzehnten zugunsten letzterer neigen lassen.

Auch künftig werde Italien darauf achten, im Spiel der „Großen“ in Europa nicht am Katzentisch zu sitzen. So sei auch unter Prodi vor allem inhaltliche Kontinuität zu erwarten, wenn auch mit anderem Stil. In der Diskussion gab Masala gleichsam das Leitmotiv vor, das sich durch die gesamte Tagung zog. Seine These: „Italien ist in einem so katastrophalen Zustand, dass es unreformierbar ist – egal wer regiert.“

## Wiederbelebung der Regionen

Günther Pallaver aus Bozen zeichnete die institutionelle Dynamik Italiens nach. Vor allem zwischen den Ebenen sei es zu einigen Veränderungen gekommen.



*Günther Pallaver: Regionen als stabilisierender Faktor im politischen System.*

Nicht zuletzt auf Druck der regionalpopulistischen Lega Nord hätten zahlreiche Reformen der letzten Jahre zu einer Wiederbelebung der Regionen geführt, die zunehmend als Identifikationsrahmen an die Stelle der erodierenden ideologischen Subkulturen träten. Die Wahlrechtsreformen hätten auch zu größerer politischer Stabilität und zu einer Aufwertung der Regionalpräsidenten geführt. Allerdings gebe es noch weiteren Handlungsbedarf, da die großen Erwartungen bislang nicht erfüllt worden seien, alte Normen und Handlungsweisen noch fortwirkten und die neuen Normen in einem Spannungsverhältnis zu den nach wie vor sehr disparaten sozialen Realitäten stünden. In der Summe wirkten aber die Regionen nun als stabilisierender Faktor im politischen System; von Partikularidentitäten gehe auch in der Zukunft keine ernste Gefahr aus.

## Zersplitterte Parteienlandschaft

Licht in das Dickicht des italienischen Parteiensystems brachte Damian Grasmück aus Bonn: Die großen Umbrü-



che der 1990er Jahre seien nach wie vor noch nicht abschließend verarbeitet: Die Linksdemokraten suchten als Nachfolger der ehemaligen Kommunistischen Partei immer noch nach ihrer Identität zwischen Sozialdemokratie und Linksorientierung. Auch die zahlreichen, teils sehr kleinen Kräfte der Mitte hätten sich mit dem Ende der großen christdemokratischen Democrazia Cristiana, aus der sie hervorgegangen sind, noch nicht abgefunden. Weder Berlusconi's Reortenpartei Forza Italia noch die als geläuterte konservative Kraft in die Mitte drängende Alleanza

Nazionale hätten diese Lücke füllen können. Nach wie vor bleibe die italienische Parteienlandschaft zersplittert; die beiden großen Blöcke formierten sich nur als reine Zweckbündnisse zu



*Heinz-Joachim Fischer: Itali-  
lien für Deutsche schwer zu  
verstehen.*



*Rudolf Lill: die großen Pro-  
bleme des Landes durch  
Föderalisierung angehen.*

Forza Italia, wenn Berlusconi irgendwann aus der Politik ausscheidet. Die Frage, ob die immerhin größte Partei des Landes dann weiter bestehen könne oder sich auflöse und das gesamte

dent der FAZ, Heinz-Joachim Fischer sowie der bei Mailand lebende Journalist Dietmar Polaczek. Auch wenn die Beurteilungen der vergangenen fünf Jahre unter Berlusconi stark auseinander gingen – bei den Zukunftsperspektiven herrschte große Einigkeit: Alle Diskutanten prognostizierten Kontinuität.

Doch blieb innerhalb dieser gemeinsamen Prognose Raum für unterschiedliche Akzente. Lill und Fischer betonten, dass man sich als Deutscher generell damit schwer tue, Italien zu verstehen. Während Fischer jedoch das Bild eines schiefen Turmes entwarf, der dennoch nicht umfalle (auch deshalb nicht, weil die Italiener geringere Erwartungen an den Staat hätten), wies Lill auf die großen Probleme des Landes hin, die durch eine Föderalisierung anzugehen seien.

Polaczek betonte dagegen die sozialen Probleme des Landes, die sich zunehmend verschärften, sah aber trotz allem keinen Willen zur Reform. Hier hakte Baumgartner ein: Wenn die Italiener wollten, dann könnten sie schon. Obwohl er die Politik um zwanzig Jahre in instabile Zeiten zurückgeworfen sah, blieb er optimistisch: Prodi werde sich durchsetzen, die Mitte sich stärker formieren und zumindest die EU werde Italien zu Reformen zwingen.



*Damian Grasmück: Schicksal der Forza Italia bleibt größter Unsicherheits-  
faktor (rechts Tagungsleiter Stefan Köppl).*

den Wahlen. Damit bleibe das Wahlrecht ein zentraler Faktor für die weitere Entwicklung des Parteiensystems.

Das Mitte-Rechts-Bündnis, so Grasmück, sei in seiner jetzigen Form am Ende, während es in der linken Mitte trotz vieler Widerstände gewisse Chancen für eine große „Demokratische Partei“ unter der Führung Prodis gebe. Der größte Unsicherheitsfaktor bliebe aber nach wie vor das Schicksal der

Parteiensystem erneut in Bewegung bringe, wurde bei mehreren Gelegenheiten kontrovers diskutiert.

Am Ende der Tagung versammelten sich vier profunde Kenner der italienischen Politik zu einer Abschlussdiskussion auf dem Podium: der Kölner Historiker Rudolf Lill, der Fraktionsvorsitzende der Südtiroler Volkspartei im Südtiroler Landtag Walter Baumgartner, der Italien-Korrespon-

## Italien wird nicht langweilig

Trotz mehr oder weniger düsteren Prognosen waren sich Teilnehmer und Referenten am Ende der Tagung einig: Auch wenn die italienischen Verhältnisse so bleiben werden, wie sie waren und sind – langweilig werden sie nie. ■

*Stefan Köppl*

# Deutsche Klassik und NS-Massenmord dicht nebeneinander

Personalseminar der Akademie führt nach Thüringen

**Die aktuelle wirtschaftliche und soziale Situation in den jungen Bundesländern, deutsche Geschichte und Kultur – das waren nur drei Schlaglichter des Personalseminars der Akademie, das in diesem Jahr nach Thüringen führte.**

Die Präsidentin des Thüringer Landtags, Dagmar Schipanski, erläuterte im Gespräch mit der Besuchergruppe die Gründe für die offenkundige Frustration der Bürger in den östlichen Ländern. Wenn zwei Drittel der Ostdeutschen die deutsche Einheit nicht mehr als Grund zum Feiern ansehen, stimme sie das bedenklich. Man dürfe nicht nur die noch anstehenden Probleme sehen, sondern könne gemeinsam stolz sein auf das in den letzten 16 Jahren Erreichte.

Thüringen habe mit 14,5 Prozent zwar die relativ beste Arbeitslosenquote der neuen Länder, trotzdem wandern immer noch gerade junge und qualifizierte Leute ab oder kommen nach ihrer Ausbildung in der alten Bundesrepublik oder im Ausland nicht mehr zurück. Der stärker werdende Rechtsextremismus, der seine Ursachen auch in den wirtschaftlichen und sozialen Problemen habe, müsse offensiv aus



*Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski (r.) sparte nicht mit offenen Worten über Stand und Entwicklung der inneren Einheit Deutschlands.*

*Fotos: Heinz*

der bürgerlichen Mitte heraus bekämpft werden.

Die Bevollmächtigte des Freistaats Thüringen beim Bund, Staatssekretärin Renate Meier, hob bei einem Empfang in der Erfurter Staatskanzlei ebenfalls hervor, dass Frustration und Enttäuschung fehl am Platz seien nach den erbrachten Leistungen seit 1990 in Ost- und Westdeutschland. Sie mache es traurig, wenn eine große süddeutsche Tageszeitung am Vorabend des

Tags der Deutschen Einheit den Titel habe: „Ostdeutschland ist schön. Aber nur für Weiße.“ Man dürfe nicht nachlassen, mit Hilfe der politischen Bildung inner- und außerhalb der Schulen, die junge Demokratie im Osten zu festigen und extremistische Ideologien zu bekämpfen.

Einen besonders intensiven und emotionalen Eindruck bei der Tutzinger Gruppe hinterließ der Besuch der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Nur wenige Kilometer entfernt von den Denkmälern der deutschen Klassik betrieb hier die Nazi-Herrschaft systematischen Massenmord und Vernichtung durch Arbeit. Obwohl nur noch wenige Gebäude stehen und vieles nur noch im Modell oder Fotos zu sehen ist, konnten gerade die jüngeren Besucher die Bilder und Schilderungen kaum ertragen.

Stadtführungen in Weimar und Erfurt, Besuche der Wartburg, der Stiftung Ettersberg und beim Vorzeigebetrieb Jenoptik (dem früheren Kombinat Carl Zeiss Jena) rundeten das vielfältige und abwechslungsreiche Programm ab. ■

*Michael Schröder*



*Landtag verkehrt: Mitglieder der Tutzinger Delegation nahmen auf der Regierungsbank im Thüringer Landtag Platz.*

# Fördern – aber nichts fordern

Gernot Abendt über die Aufgaben des Förderkreises der Akademie

*Report: Wer gab den Anstoß zur Gründung des Förderkreises 1988?*

Abendt: Der frühere Akademiedirektor Professor Manfred Hättich selber hatte die Idee. Er wollte ein Forum für Förderer und Gönner der Akademie schaffen. Hinzu kam, dass die Akademie als Anstalt des öffentlichen Rechts keine zweckgebundenen Spenden entgegennehmen kann. Dies darf der Förderverein, was wir ja auch getan haben. Für Tagungen und beispielsweise für die neueste Errungenschaft, das elektrische Klavier.

men zu wollen. Unsere Aufgabe ist es, wo immer wir können zu helfen und das im ganz weiten Sinne. Es hat sich bis heute an diesen Grundsätzen überhaupt nichts geändert.

*Wie viele Mitglieder hat der Förderkreis heute?*

Rund 190 und interessanterweise stagniert das. Zunächst lief das sehr schwerfällig an. Es gab von Anfang an eine Basis von etwa 40 Mitgliedern, aber mit dem Amtsantritt von Professor Oberreuter wuchs die Zahl auf die-

gering ist, fordere ich die Mitglieder bei Teilnahme dazu auf, noch eine Spende zu leisten. Alle Mitglieder haben als Jahresgabe schon Publikationen zugeschickt bekommen. Ich bin der Auffassung, dass das reichlich ist, schließlich wollen wir der Akademie Geld bringen und nicht zusätzliche Kosten verursachen.

*Wer entscheidet, wofür das Geld ausgegeben wird?*

Der Vorstand. Jeder kann Vorschläge machen, das wird dann im Vorstand



## Gernot Abendt

ist seit 1973 aus beruflichen Gründen (Bundeswehr) in Tutzing. Kommunalpolitisches Engagement als Gemeinderat und darüber Kontakt mit der Akademie und Bekanntschaft mit dem Direktor Manfred Hättich. Als dieser 1988 überlegte, einen Förderkreis zu gründen, wurde Abendt gebeten, an der Gründungsveranstaltung teilzunehmen. Er wurde stellvertretender Vorsitzender und 1995 nach seiner Pensionierung Vorsitzender des Förderkreises.

Von Anfang an beim Förderkreis dabei: Gernot Abendt Foto: ms

*Waren Sie selbst von Anfang an dabei?*

Ich war Gründungsmitglied und ich war von Anfang an zunächst stellvertretender Vorsitzender, erster Vorsitzender war Alfred Leclair als damaliger Bürgermeister von Tutzing. 1995 wurde ich Vorsitzender.

*Was waren die ersten Satzungszwecke und hat sich daran etwas geändert?*

Die Grundidee ist, wo immer es geht, die Arbeit der Akademie zu unterstützen. Am Anfang gab es da gelegentlich Probleme und Vorstandsmitglieder wollten zunächst sogar in die Tagungsprogramme mit hineinreden. Ich persönlich habe dagegen Stellung bezogen. Es ist nicht unsere Aufgabe über die Lehrinhalte der Akademie bestim-

se heutige Höhe an. Ich möchte aber die Zweihunderter-Grenze schaffen. Ich bitte also alle, die die Akademie unterstützen wollen, sich zu überlegen, ob sie nicht doch Mitglied werden wollen. Für dreißig Euro im Jahr gehört man zu dem Förderkreis.

*Was hat ein Mitglied davon, im Förderkreis zu sein?*

Zum einen das gute Gefühl, die Arbeit der Akademie zu unterstützen. Das sollte das Primäre sein. Das Zweite sind selbstverständlich die großzügige Einladung, mit Begleitung zum wunderbaren Sommerfest der Akademie zu kommen sowie die Einladung zu den Akademiegesprächen im Maximilianeum. Da die Beitragshöhe so

besprochen, gewichtet und entschieden. Es muss nicht eine feste Summe ausgegeben werden. Es wird auch angespart für größere Anschaffungen wie die Computerausstattung im Haus oder bestimmte Publikationen. Den Mitgliedern wird darüber bei der Mitgliederversammlung Rechenschaft gegeben und auch über andere mögliche

## Kontakt:

Förderkreis der Akademie  
Frau Elke Leisching  
Buchensee 1  
82327 Tutzing  
Tel. K. Sittkus: 08158/256-49  
E-mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de



Verwendungszwecke gesprochen. Jedes andere Mitglied bleibt aufgefordert, Vorschläge zu machen.

*Worauf waren Sie besonders stolz in diesem Zusammenhang in all den Jahren?*

Worauf wir wirklich stolz sein können ist der Ausbau des Lehrsaals im Penthouse und der Gruppenraum 3. Wobei wir zur Ausführung nichts beitragen, wir stellten nur die Mittel zur Verfügung. Die Ausführung ist Sache des Hauses. Auch auf den Bus, er hat sich sehr bewährt und er macht gute Außenwerbung, denn er fährt ja mit unserem Logo durch die Gegend.

### **Ausgewählte geförderte Projekte:**

Akademiebus; Ausstattung der Hörsäle, des Penthouses und des Gruppenraums 3; Computerausstattung in den Lehrsälen; Als Beispiel einer zweckgebundenen Spende: das elektrische Klavier.

*Gibt es „Wunschzettel“ über Dinge, die der Förderkreis in überschaubarer Zeit der Akademie zukommen lassen möchte?*

Gemäß Vorstandsbeschluss haben wir entschieden, dass die 50-Jahr-Feier mit Publikationen unterstützt wird, also zum Beispiel die Festschrift und die Dokumentation. Aber auch die Publikation der Akademiegespräche im Landtag wird von uns finanziell unterstützt.

*Und der Ziele-Katalog bleibt so stehen?*

Ich persönlich betreibe die Politik, uns nicht allzu sehr fest zu legen, um auf spontane Bedürfnisse ebenfalls reagieren zu können, wie es beispielsweise bei der Computereinrichtung dringend nötig war. ■

*Das Gespräch führten Karin Siebert und Michael Schröder*

**Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.**

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51  
Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50  
Konto-Nr. 430 592 477

-----  
An den  
Förderkreis der  
Akademie für Politische Bildung e. V.  
82323 Tutzing

### **BEITRITTSERKLÄRUNG**

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.  
 Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname: .....

Titel, Beruf: .....

Anschrift, Telefon: .....

Datum, Unterschrift: .....

## Ungewohnter Durchblick

Seltene Perspektiven boten sich Dachdeckern und unserem Hausmeister Michael Wrase während der Sanierung des Akademiedaches in der vergangenen Sommerpause. Es wurde komplett neu eingedeckt und Teile des Dachstuhls wurden saniert. Bei der Energiekostenrechnung wird sich auch die neue, zeitgemäße Wärmedämmung schnell bemerkbar machen. Für unsere Tagungsgäste noch spürbarer: In drei Stockwerken wurden die Nasszellen der Zimmer modernisiert – die restlichen sind in der Planung. Damit ist ein weiterer großer Bauabschnitt der umfangreichen Modernisierungen und Neubauten in der Akademie abgeschlossen. *ms*



Foto: mw

## Bibliophile Altlasten

*Bücher auf dem Dachboden der Akademie gefunden*

Die Sanierung des Akademiedaches brachte sie an den Tag: Zwei massive Holzkisten, überwiegend gefüllt mit NS-Literatur (siehe Foto). Wie den Adressaufklebern zu entnehmen ist, wurden die Kisten in

zwei separaten Lieferungen via Bahnpost von München aus nach Tutzing geschickt. Absender ist in beiden Fällen der Oldenbourg Verlag mit seinem Sitz in der Rosenheimer Straße 145 in München. Die erste Sendung trägt das

Datum des 24. Mai 1965 und ist ausdrücklich an den damaligen Akademiedirektor „Herrn Prof. Dr. Felix Messerschmid“ adressiert. Die zweite Kiste wurde am 15. Oktober 1965 an die Akademie verschickt. Warum der Inhalt der Kisten niemals in den reichhaltigen Bestand der Akademiebibliothek integriert wurde, bleibt ein noch ungelöstes Rätsel. Unklar ist ferner, wie die NS-Literatur aus unterschiedlichen Provenienzen über den Oldenbourg-Verlag an die Akademie gekommen ist. Wie dem auch sei: Die Kolleginnen und Kollegen in der Bibliothek werden die entdeckten Altlasten in den Bestand einarbeiten. ■

Steffen Elsner



(Foto: Weichbrodt)

## 25 Jahre im Dienst der Politischen Akademie Tutzing



Akademiedirektor Heinrich Oberreuter lobte die verdienstvolle und zuverlässige Arbeit von Waltraud Radner, die seit 25 Jahren für die Politische Akademie in Tutzing tätig ist.

Foto: ms

**A**uf 25 erfolgreiche Dienstjahre bei der Akademie für Politische Bildung Tutzing kann die Mitarbeiterin der Hauswirtschaft, Waltraud Radner, zurückblicken. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter würdigte bei der Überreichung der Ehrenurkunde ihre stets humorvolle und freundliche Art. Er hob ihre Verdienste hervor und betonte, wie wichtig für eine erfolgreiche Arbeit der Akademie das reibungslose Zusammenwirken aller Bereiche des Hauses sei: „Nur wenn sich unsere Gäste wohl fühlen, können wir auch mit den Inhalten unserer Tagungen überzeugen.“ Die Tutzinger Akademie zeichne sich durch persönlichen Service aus. Dazu habe Waltraud Radner einen wichtigen Beitrag geleistet. ms

## Ausbildung erfolgreich abgeschlossen



Nach ihrer erfolgreichen Ausbildung in der Akademie ist Daniela Herdegen nun staatlich geprüfte Hauswirtschafterin für den Großhaushalt. Bei einer feierlichen Freisprechung bekam sie ihre Urkunde überreicht und wurde von ihren Pflichten als Lehrling entlassen.



Sie nutzt jetzt diese Basisausbildung, um sich noch weiter zu qualifizieren. Seit September hat sie eine Lehrstelle als Hotelfachfrau in Grünwald. Hauswirtschaftsleiterin Christine Friedrich lobte die engagierte „Azubine“ Herdegen: „Wir freuen uns, Daniela als Auszubildende bei uns gehabt zu haben und wünschen ihr für ihre Zukunft das Beste.“

Unser Bild zeigt Daniela Herdegen, Akademieköchin Gertraud Lehner und Christine Friedrich (von links) bei der Freisprechungsfeier.

cf/ms



Jürgen Weber (Hrsg.)  
**Illusionen, Realitäten, Erfolge**  
 Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit  
 2006 Olzog Verlag GmbH, München  
 ISBN 10: 3-7892-8178-6  
 306 Seiten, EUR 19,90

In der anfänglichen Euphorie über die unerwartete Einheit Deutschlands unterschätzten Bürger und Politiker die Schwierigkeiten, die es in wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Hinsicht zu bewältigen galt. Vor allem täuschte man sich im Zeithorizont des angestrebten Aufbauprozesses Ost, der seit Mitte der 1990er Jahre ins Stocken gekommen ist. Aus heutiger Sicht kann man damalige Fehler und Versäumnisse benennen, doch hinterher ist man immer klüger. Die errungene Freiheit ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden, die Massenarbeitslosigkeit in den neuen Ländern jedoch eine tägliche Provokation. Aber ist es wirklich so, wie in den Medien zu hören und zu lesen ist, dass statt der Landschaften lediglich die DDR-Nostalgie blühe, dass statt Aufbruchstimmung eher schrumpfende Städte das Bild bestimmten und dass ein gefährlicher Substanzverlust der Republik aufgrund der gewaltigen Transferleistungen zu befürchten sei?

## Waldemar von Knoeringen 100 Jahre

Edition würdigt den geistigen Vater der Akademie

Am 6. Oktober 2006 wäre Waldemar von Knoeringen einhundert Jahre alt geworden. *Helga Grebing* und *Dietmar Süß* widmen ihm jetzt eine zweibändige Edition „**Waldemar von Knoeringen 1906-1971: Ein Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie**“. In Reden, Aufsätzen, Briefwechseln, Kommentaren und Analysen wird dessen Leben und Wirken lebendig: seine landes- und bundespolitische Rolle, sein Beitrag zur Gestaltung der Nachkriegsordnung und zur Erneuerung der SPD. Nicht zuletzt ist er Architekt der Vierer-Koalition (1954-57) gewesen. Allen voran würdigt *Hans-Jochen Vogel* seinen politischen Mentor in einem eigenen Beitrag mit dem Titel „Waldemar von Knoeringen – Bericht eines Zeitzeugen“.

Knoeringen widmete sich in besonderer Weise der Bildungspolitik und der Förderung des Bildungsniveaus. Er nannte es die „Mobilisierung der geistigen Kräfte“, wie übrigens auch in dem von ihm gepflegten intellektuellen Umfeld, dem u.a. auch Peter Glotz angehörte, die Schrift „Mobilisierung der Demokratie“ entstand. In ihm verbanden sich Bildung und Politik, von daher auch herausragendes Engagement für politische Bildung, nicht zuletzt geprägt von den eigenen zeitgeschichtlichen Erfahrungen: Nationalsozialismus, Flucht, Emigration.

Als am 14. Dezember 1954 das neue bayerische Kabinett unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner vereidigt wird, sieht sich Knoeringen seinen ambitionierten kultur- und bildungspolitischen Zielsetzungen einen Schritt näher. Zunächst in kleiner Expertenrunde wird auf den Tagungen des Grünwalder Arbeitskreises – der sich aus namhaften deutschen Wissenschaftlern, Pädagogen, Politikern und Kultusbeamten zusammensetzt – um Konzeption und institutionelle Absicherung der politischen Bildungsarbeit im Freistaat Bayern gerungen. Von den dabei entstandenen Grünwalder Empfehlungen führt ein direkter Weg über den Koalitionsgesetzentwurf vom April 1956 hin zum Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung, welches am 27. Mai 1957 vom Bayerischen Landtag verabschiedet wird. Zwar trägt das Akademiegesetz nicht die Unterschrift Waldemar von Knoeringens, jedoch deutlich dessen Handschrift. Ohne ihn gäbe es die Akademie nicht.

Die beiden Bände sind unter Mitarbeit von *Katja Klee* im Vorwärts-Buch-Verlag Berlin zum Preis von EUR 29,80 erschienen. (ISBN 3-86602-290-5)

*Steffen Elsner*

Martin Balle im STRAUBINGER TAGBLATT vom 20. September 2006:

### Unabhängigkeit der Medien in Gefahr?

„Ausverkauf der Meinungsvielfalt? Publizistische und politische Folgen der Medienkonzentration“, über dieses Thema diskutierten renommierte Fachleute aus der Medienbranche an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Bei diesem hochkarätigen Symposium kamen die Fachleute zu dem Ergebnis, dass Medien immer häufiger aus ökonomischen und nicht mehr aus publizistischen Gründen betrieben würden.

So wies Dr. Victor Henle, Direktor der Thüringer Landesmedienanstalt, darauf hin, dass es nicht gut sei, wenn Unternehmen, die eigentlich nur für die technische Dienstleistung beim Fernsehen zuständig seien, wie Kabelfirmen oder die Telekom, zunehmend selbst zum Programmveranstalter würden. Das führte dazu, dass das, was der Zuschauer am Ende zu sehen bekomme, von diesen Firmen aus kommerziellen Gründen manipuliert werden könne.

Der Vorsitzende der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, Professor Wolf-Dieter Ring, blies in dasselbe Horn: Wenn heute neue digitale Frequenzen am freien Markt gegen Höchstpreis versteigert würden, so widerspreche das seinem Ethos von Pressefreiheit. Gerade lokale Fernsehanbieter müssten in der neuen digitalen Medienzeit besonders unterstützt und geschützt werden, damit eine rein kommerzielle Ausrichtung der Medien verhindert werden könne.

Einen besonderen Aspekt brachte Dr. Gottfried Langenstein, Direktor der Europäischen Satellitenprogramme des ZDF, in die Diskussion ein: In Zukunft würde vor allem das Fernsehen per Internet wichtig. Dabei bestelle der Zuschauer per Internet bei einem Unternehmen in den USA, was er zu welchem Zeitpunkt sehen wolle. Dieser Film oder auch Beitrag würde dann weltweit in seiner Sprache per Inter-

net gezeigt. Eine solche Entwicklung werde vor allem die traditionellen Sender, die nach festem Programmschema senden, massiv beeinflussen. Vor diesem Hintergrund einer zunehmenden Ökonomisierung der Fernsehwelt auf der Basis völlig neuer technischer Möglichkeiten waren sich am Ende alle Diskutanten einig, dass in der Bundesrepublik Deutschland vor allem das Öffentlich-Rechtliche Fernsehen gefördert und unterstützt werden müsse. Kritisiert wurde dabei allerdings gerade das Management der ARD, das die Verlagerung von Medienkompetenzen nach Brüssel nahezu tatenlos geschehen lasse. Es dürfe nicht sein, so waren sich die Diskutanten einig, dass am Ende in Brüssel entschieden werde, ob ARD und ZDF Gebühren erheben dürften oder nicht. Auf diese Weise werde auf die nationalen Gepflogenheiten viel zu wenig Rücksicht genommen.

Kritisiert wurde so auch, dass es weder in Deutschland noch in Bayern eine tatkräftige Medienpolitik gebe, die sich für ARD und ZDF ausreichend in Brüssel einsetze.

*(Siehe Bericht Seite 12)*

Klaus Arnold in: **epd medien** Nr. 74 vom 20. September 2006

### Ring: „Deregulierung ist nicht der richtige Weg“

Neue Herausforderungen der Medienkonzentration – „Kommunikationskollaps“

Der Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, Wolf-Dieter Ring, hat vor einer völligen Freigabe des Medienmarktes gewarnt. „Deregulierung ist nicht der richtige Weg“, sagte Ring am 16. September in Tutzing auf der Tagung „Ausverkauf der Medien?“. Deregulierung führe dazu, dass neue mächtige Akteure auf dem Medienmarkt die rechtlichen Grundlagen für ihr Tun gar nicht mehr ernst nähmen, sagte Ring.

Der Manager eines Mobilfunkunternehmens habe bezogen auf Mediengesetze zu ihm gesagt: „Das ist mir wurscht.“ Medienexperten aus Wissen-

schaft und Praxis diskutierten in Tutzing aktuelle Entwicklungen der Medienkonzentration. Eingeladen hatten die Akademie für Politische Bildung Tutzing und der Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR). Der Marktzutritt von internationalen Investmentfonds und von Telekommunikationsunternehmen habe dazu geführt, dass die deutsche Medienpolitik „nun an der Wall Street gemacht“ werde, meinte Hans-Jürgen Jakobs, Leiter des Medienressorts der „Süddeutschen Zeitung“. Allerdings seien die Erfolge dieser neuen Player bisher „ernüchternd“. So habe Arena TV für

seine Live-Übertragungen der Fußball-Bundesliga bisher viel zu wenig Abonnenten. Die Muttergesellschaft, der von Investmentfonds dominierte Kabelnetzbetreiber Unity Media, mache hohe Verluste.

Noch schlechter ergeht es nach der Ansicht von Jakobs der Telekom mit der Fußball-Bundesliga, die die Internet-Rechte erworben hatte. Aufgrund technischer Probleme könne bisher kaum jemand das Internet-Fernsehen verfolgen. Somit verfügen die Netzbetreiber laut Jakobs mit ihren digitalen Plattformen nun zwar theoretisch über viel Macht: „Doch wenn niemand ihre

Programme sehen will, bleibt die Macht eher klein.“

Regelungsbedarf sei trotzdem vorhanden, betonte der Direktor der Thüringer Landesmedienanstalt, Victor Henle. So müsse bei den neuen digitalen Plattformen die Zugangsmöglichkeit für kleine Anbieter gesichert werden. Eine problematischere Entwicklung ist aus Sicht von Henle aber die geplante Verschlüsselung bisheriger Free-TV-Angebote, die digital über Satellit oder Kabel verbreitet werden. Die wichtigsten privaten TV-Programme hätten inzwischen eine so hohe gesellschaftliche Bedeutung, dass mit der Verschlüsselung die Meinungsfreiheit gefährdet würde. Hier benötige man eine „must-offer“-Verpflichtung.

Der Eichstätter Journalistikwissenschaftler Walter Hömberg wies auf der Tutzingener Tagung darauf hin, dass ökonomische Konzentration nicht mit publizistischer Konzentration gleichgesetzt werden könne. So habe es in der Weimarer Republik mit mehr als 4.000 Zeitungen eine große außenplurale Medienvielfalt gegeben. Dennoch sei es zum „Kommunikationskollaps“ gekommen, an dem die Republik schließlich gescheitert sei. In der neuen deutschen Demokratie habe man daraus gelernt und „Forumsmedien“ eingerichtet. Deshalb sei „Vielfalt in den Medien“ möglicherweise wichtiger als die „Vielfalt der Medien“. In eine ähnliche Richtung gingen die Vorschläge, die der Ilmenauer Kom-

munikationswissenschaftler Klaus-Dieter Altmeyen in Tutzing erläuterte. Für ihn ist die herkömmliche Konzentrationskontrolle mit der schnellen Entwicklung des Medienmarkts überfordert. Das Marktanteilsmodell greife darum zu kurz, Meinungsvielfalt müsse auf andere Art gesichert werden. So könnte man Altmeyen zufolge festlegen, welche „journalistischen Ressourcen“ für ein bestimmtes geographisches Verbreitungsgebiet notwendig seien. Bei Fusionen müssten sich die Beteiligten dann verpflichten, diese Ressourcen, z.B. Redakteursstellen, zu erhalten. Ob dies der Fall sei, könnte anhand von Berichten überprüft werden, so Altmeyen. Bei Nichteinhaltung würden Sanktionen drohen. ...

Harald Rast in der MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG Nr. 242, vom 20. Oktober 2006:

### „Kriegsreporter leisten Unmögliches“

BR-Journalist Thomas Morawski analysiert den gefährlichen Einsatz in Krisenregionen.

Thomas Morawski ist vor wenigen Wochen aus seinem neunten Krieg zurückgekehrt. Dieses Mal hieß der Schauplatz Libanon. Der erfahrene Auslandsreporter des Bayerischen Fernsehens agierte auch bei den Konflikten in Israel und auf dem Balkan an vorderster Front. Doch ein Medienhype wie beim Libanon-Krieg bildet nach Morawskis Überzeugung eher die Ausnahme. „Die meisten Kriege finden in Fernsehen und Presse nicht statt“, kritisierte der ARD-Sonderkorrespondent bei einer Fachtagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Und diese „vergessenen Kriege“ bedeuteten immer, dass es viele „vergessene Opfer“ gebe.

Seit 1945 tobten weltweit 222 Kriege, beklagte der erfahrene Krisenberichter. Pro Jahr seien es rund 50 Kriege, drei Viertel davon würden innerhalb eines Staates ausgetragen. „Die meisten Waffengänge sind keine historischen Eintagsfliegen, sie dauern bereits seit Jahrzehnten an.“ Vor allem Afrika

sei immer gut für einen von der Welt „vergessenen Krieg“.

Nur noch selten würden sich heute klassische „symmetrische“ Kriege zwischen zwei Staaten entzünden. Morawski kennt auch die Ursache für diese Entwicklung: „Nur 20 Prozent der zwischenstaatlichen Kriege enden mit dem Sieg des Angreifers.“

Die zahllosen asymmetrischen Kriege zeichneten sich durch unklare Fronten und undefinierbare Kriegsparteien aus: reguläre Truppen, Milizen, Banden, Todesschwadronen und bewaffnete Gangster. Diese Unübersichtlichkeit bedeute für die in den Krisenregionen tätigen Journalisten ein hohes Gefährdungspotenzial. „Kriegsreporter müssen heute eigentlich Unmögliches leisten“, bedauerte Morawski. Denn die Regel „Recherchiere auch auf der anderen Seite“ entpuppe sich unter diesen prekären Verhältnissen meistens als Illusion. Es existierten in den Krisengebieten oft Sperrzonen, ein Frontwechsel könne

tödlich sein, weil der Journalist als Feind betrachtet oder der Spionage bezichtigt werde.

Einerseits garantierten die „drei K's – Kriege, Krisen und Katastrophen“ den Medien Auflagen-Steigerungen und höhere Einschaltquoten. Doch warum werden andererseits so viele Kriege medial ignoriert? Morawski nennt die Gründe: Kriege seien oft zu weit weg, es gebe keine packenden Bilder, sie hätten keinen Bezug zu Deutschland, seien zu kompliziert, um sie zu erklären, dauerten schon zu lange oder seien vielleicht sogar innenpolitisch unbequem – beispielsweise wegen Verstrickungen in den Waffenhandel.

Vor diesem Hintergrund plädierte Morawski an die Medien, ihre Berichterstattung über Kriege zu überdenken: „Die Herausarbeitung von Hintergründen muss wieder vor Schnelligkeit kommen. Es bedarf mehr intensiver Recherche und weniger hektischen Produzierens.“

*(Siehe Bericht Seite 8)*

Evangelischer Pressedienst epd vom 28. September 2006:

### Aktive „Alte“

Tutzinger Tagung über Leben und Wohnen im Alter

Der Anteil älterer Menschen in der Bundesrepublik wird Prognosen zufolge weiter ansteigen. Mit den verschiedenen Lebensformen im letzten Lebensabschnitt befasste sich eine Tagung der Politischen Akademie Tutzing und der Petra-Kelly-Stiftung in Tutzing unter dem Titel „Alt – agil – aktiv“ Leben und Wohnen im Alter“.

Die Veranstaltung zeichnete auf, „wie differenziert das Bild vom Alter heute ist und wie differenziert die Antwort der Politik darauf sein muss“, erklärte Gerd Rudel von der Petra-Kelly-Stiftung. Dem pflegebedürftigen Senior stehe der engagierte „junge“ Alte gegenüber – eine Bandbreite, die kommunalpolitisch stärker berücksichtigt werden müsse.

Auch Holger Adolph vom Deutschen Zentrum für Altersfragen in Berlin plädierte dafür, die Seniorenpolitik angesichts der demografischen Entwicklung ernster als bisher zu nehmen. Viele Ältere seien bereit und in der Lage, sich gesellschaftlich zu engagieren. Diese Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements sollten genutzt werden. Gleichzeitig müssten aber auch die Versorgungssysteme besser an den Bedarf pflegebedürftiger Senioren angepasst werden, weil die Zahl chronisch und dementiell Erkrankter zunehmen werde.

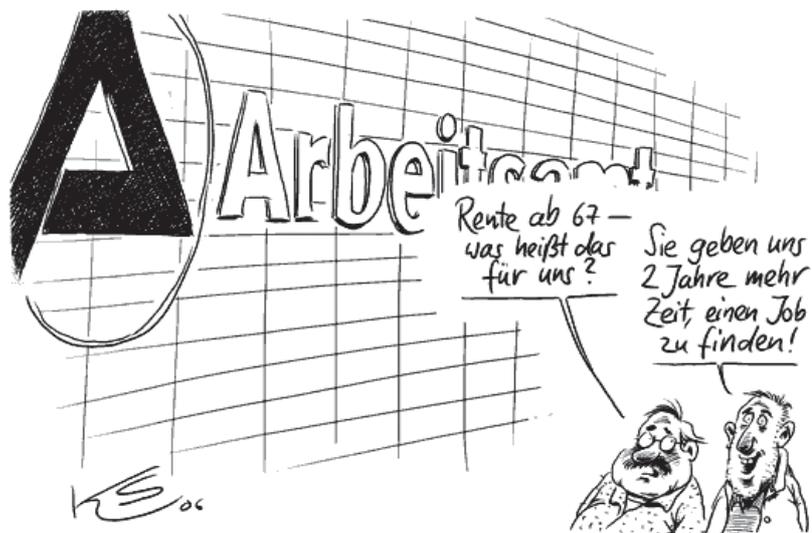
Doch auch die Betroffenen selbst, so machte die Soziologin Heike Skok deutlich, seien gefordert, sich aktiv mit ihrer Zukunft auseinander zu setzen. Mit dem steigenden Anteil kinderloser Menschen nehme die Unterstützung durch die Familie ab, ältere Menschen müssten daher alternative Perspektiven für ihren Lebensabend entwickeln.

Wie solche Modelle aussehen können, wurde auf der Tagung ausführlich thematisiert. Sonja Thiele vom Sozialdienst Germering erläuterte das Projekt „SIMBA“, das betreutes Wohnen zu Hause bietet. Martemaria Scheunemann erzählte von ihren Erfahrungen in einer Senioren-WG, Marlies Beitz, Vorstandsvorsitzende des Vereins WABE in Stuttgart, berichtete von ihrem Leben im Mehr-Generationen-

Haus, Dorothea Hoffmeister stellte das Wohnprojekt OLGA in Nürnberg vor, eine Hausgemeinschaft mit elf Frauen.

Neben den positiven Aspekten gemeinschaftlicher Wohnprojekte mahnten die Frauen jedoch auch eine realistische Einstellung an. Die meisten Probleme, so erklärten Beitz und Hoffmeister übereinstimmend, träten erst während des Zusammenlebens auf. Zu hohe Ansprüche an das Zusammenleben dürfe man nicht stellen, sagte Marlies Beitz und fasste die Situation im Mehr-Generationen-Haus zusammen: „Wir müssen immer noch üben.“

(Siehe Bericht Seite 3)



Zeichnung: Stuttmann

Hausmitteilung in: SPIEGEL SPEZIAL Nr. 8 / Oktober 2006:

Die Deutschen werden älter und weniger. Es ist vor allem der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, der deshalb die Zukunft in düsteren Farben malt; selbst namhafte Kritiker, die in der Veränderung der Altersstruktur und im Einwohnerschwund auch Chancen sehen, kanzelt er als „Gelegenheitsdemografen“ ab. Bei einer Tagung

der Akademie für Politische Bildung im bayerischen Tutzing geriet SPIEGEL-Redakteur Norbert F. Pötzl, 58, mit Birg darüber in einen Disput, der mit der Frage endet, ob Birg zu einem Streitgespräch mit dem Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, bereit sei – beide sagten zu. ...

STARNBERGER MERKUR vom 12. Oktober 2006:

### Fünf Fragen an Prof. Heinrich Oberreuter

*Herr Prof. Oberreuter, das Akademiegesetz wurde seit 1957 nicht mehr geändert. Ist es denn Ihrer Ansicht nach noch zeitgemäß?*

Prof. Heinrich Oberreuter:

Das Schlimmste wäre, wenn man an dem Akademiegesetz etwas ändern würde. Es sollte verhindert werden, dass Zeitgeist-Opportunismus hineinfließt. Die damalige Generation der Politiker und der Öffentlichkeit hat über die Aufgaben und Ziele politischer Bildung viel intensiver und zutreffender nachgedacht als das heute der Fall ist.

*Wie beeinflussen Polit-Talkshows die politische Bildungsarbeit?*

Oberreuter: Die Entwicklung der Medienwelt beeinflusst nachhaltig unsere ganze Existenz. TV-Weltansicht, Weltklärung, Weltinterpretation, Kurzatmigkeit, Themenverschleiß, mangelnde Kontinuität und die mangelnde Bereitschaft, sich auch tieferes Hintergrundwissen anzueignen, all das sind Herausforderungen, die rationale politische Bildung heute eher noch notwendiger machen. Man kann unsere Probleme nur mit Vernunft lösen. Insofern ist der Medienzirkus zwar eine Herausforderung, mit der wir vielleicht nicht immer mithalten können. Wir können weder täglich die Kanzlerin noch den amerikanischen Präsidenten auftreten lassen. Aber wenn sich die Leute auf den Akademie-Diskurs einlassen, dann merken sie den Unterschied zwischen der Medienwirklichkeit und der Vielfalt der Perspektiven, die sich im Austausch mit kompetenten Experten bieten. Das ist unsere große Chance, die das Fernsehen nicht hat. Die platonische Kernidee der Akade-

mie ist keineswegs überholt, sondern heute nötiger denn je.

*Nächstes Jahr soll einer der Themenbereiche sein „Was die Gesellschaft zusammenhält“. Wie setzt die Akademie Schwerpunkte?*

Oberreuter: Die Akademie hat einen Dauerauftrag, sich mit grundlegenden Themen der politischen Bildung und des politischen Systems zu beschäfti-



*Heinrich Oberreuter: Dauerauftrag für grundlegende Themen der politischen Bildung und des politischen Systems*  
Foto: APB

gen. Gemäß den aktuellen Herausforderungen nehmen wir uns zusätzlich ein Generalthema vor, das in mehreren unterschiedlichen Veranstaltungen behandelt wird. Etwa die Frage der Grundwerte, der ökonomischen Situation verbunden mit der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit und dem Sozialstaat; seiner Überlebensfähigkeit und seiner Reformnotwendigkeit.

Auch die neuen Fragen nach Bildung und Qualifikation, die für den Arbeitsmarkt ausschlaggebend sind, sowie die Fragen der Integration und der Dialog von Kulturen und Religionen sind aktuelle Schwerpunktthemen, die uns aber über Jahre hinaus beschäftigen werden.

*Wie soll die Jubiläumsveranstaltung aussehen?*

Oberreuter: Die Gründergeneration mit Persönlichkeiten wie Hildegard Hamm-Brücher, Wilhelm Ebert, Karl Böck und Hans-Jochen Vogel möchten wir veranlassen, ihre Erinnerung mit uns zu teilen. Die Gründung der Akademie war umstritten, aber diesem Umstand haben wir auch einige Besonderheiten zu verdanken: Dem Vorsitzenden der größten im Landtag vertretenen Oppositionspartei wie auch dem Vorsitzenden der Bayerischen Hochschulrektorenkonferenz wurde in wichtigen Personalfragen ein Vetorecht eingeräumt, um Einseitigkeit zu verhindern und wissenschaftliche Kompetenz zu verteidigen. Das entscheidende Kriterium ist stets die politische Neutralität.

*Eine Zukunftsvision ist, einen neuen Hörsaal unter die Erde zu bauen. Gibt es konkrete Planungen?*

Oberreuter: In schwierigen Haushaltsfragen ist es nicht sehr nützlich, darüber zu reden, wie aus Visionen Realität werden kann.

*Das Gespräch führte  
Hans-Martin Weichbrodt*

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Januar

---

- 2-1\*            8. – 11. Januar  
**Vom Landwirt zum Energiewirt?**  
Tagung mit dem Verband der landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten  
Leitung: Karl-Heinz Willenborg  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 3-1\*            15. – 19. Januar  
**Ethik und Politik: Recht und Gerechtigkeit**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Miriam Wolf/Gottlieb Gaiser  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*
- 3-3            19. – 21. Januar  
**Vom Vorbild zum Zerrbild – Politiker-Image in der Mediokratie**  
Leitung: Heinrich Oberreuter/Manfred Schwarzmeier  
Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47
- 4-1\*            22. – 26. Januar  
**Bayern braucht Europa – Europa braucht Bayern**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*
- 4-3            22. Januar  
**Bayerns Beitrag zur europäischen Integration**  
Podiumsdiskussion  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 4-2            22. – 26. Januar  
**Nachgebohrt – Die Kunst des Fragens**  
Interviewtraining für Volontäre  
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung  
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau  
Leitung: Michael Schröder  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 4-4            26. – 27. Januar  
**„Kraftwerk der Demokratie“**  
Gründungsgeschichte, Gründungsintentionen, Zukunftsperspektiven der Akademie  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

5-1            29. – 30. Januar  
**Wettbewerbsfähigkeit und alternde Bevölkerung – Herausforderung für Unternehmen und Gesellschaft**  
In Kooperation mit der Klinik Höhenried  
Tagungsort: Schloss und Klinik Höhenried  
Leitung: Achim Schäfer/Wolfgang Quaisser/Karl-Heinz Willenborg  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

## Februar

---

5-2            2. – 3. Februar  
**Eine „kommode Diktatur“? – Kontroversen über den SED-Staat**  
Leitung: Jürgen Weber  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

6-1\*           5. – 9. Februar  
**Soziales Lernen für eine humane Gesellschaft**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

6-2            5. – 7. Februar  
**Forum Politische Bildung**  
Herausforderung Rechtsextremismus  
Leitung: Heinrich Oberreuter/Michael Schröder  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

6-3            9. – 11. Februar  
**Building the American Nation: Universality and Particularity**  
In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien e.V.  
Leitung: Saskia Hieber/Axel Jansen  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

6-4            7. – 9. Februar  
**Ressourcen und Religionen – Konfliktherd Naher Osten**  
In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern  
Leitung: Karl-Heinz Willenborg  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

### E-Mail-Adressen der Sekretariate:

|               |                                |
|---------------|--------------------------------|
| Sybille Haug  | Chefsekretariat@apb-tutzing.de |
| Heike Bäuerle | H.Baeuerle@apb-tutzing.de      |
| Renate Heinz  | R.Heinz@apb-tutzing.de         |
| Ina Rauš      | I.Raus@apb-tutzing.de          |
| Karin Sittkus | K.Sittkus@apb-tutzing.de       |

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

8-1 22. – 24. Februar

**Wertebildung und Demokratieerziehung:**

**Was Kinder philosophieren dazu beitragen kann**

In Zusammenarbeit mit der Projektinitiative Kinder philosophieren

Leitung: Miriam Wolf/Roswitha Wiesheu/Oliver Hidalgo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

9-1\* 26. Februar – 2. März

**Brennpunkt Mittlerer Osten**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

9-2 26. – 28. Februar

**Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?**

Leitung: Stefan Köppl/Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

9-3 28. Februar – 2. März

**„Noch ehe der Mensch spricht, spricht er“ –**

**Sprache und Sprechen in der Sozialen Arbeit**

In Zusammenarbeit mit der LAG Katholischer Sozialarbeiter und

Sozialarbeiterinnen im Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.

Leitung: Miriam Wolf/Ulrike Faust

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

---

## März

---

9-4 2. – 4. März

**Soziale Integration durch Bildung**

Anforderungen an die Politik

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-1\* 5. – 9. März

**Die Macht der Bilder**

Film im Unterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

10-2\* 5. – 9. März

**Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Ressource**

Leitung: Angelika Klemenz-Klebl/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

10-3 9. – 10. März  
**Sicherheit – ein deutsches Grundbedürfnis**  
Leitung: Jürgen Weber/Karl-Heinz Willenborg  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-1 12. – 14. März  
**Canada – North America's other half**  
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München  
Leitung: Saskia Hieber  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-2 14. – 16. März  
**Lern- und Spielplatz Computer**  
Medienpädagogische Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher  
In Zusammenarbeit mit dem Studio im Netz (SIN)  
Leitung: Michael Schröder/Hans-Jürgen Palme  
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-3 16. – 18. März  
**Aufbau Ost: Traum oder Chance?**  
Ökonomie als Triebfeder der Einheit  
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung, Halle  
Leitung: Wolfgang Quaisser/Joachim Ragnitz  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

12-1\* 19. – 23. März  
**Islamistischer Terrorismus – innenpolitische und internationale Herausforderungen**  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

12-3 21. März  
**Akademiegespräch im Landtag**  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

13-1\* 26. – 30. März  
**Die Europäische Union**  
Zukunftsperspektiven zwischen Erweiterung und Vertiefung  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

13-2 24. – 28. März  
**Deutsch-russische Historikerkonferenz**  
Leitung: Heinrich Oberreuter  
Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** wurde in die Kommission „Zukunft Bayern 2020“ der Bayerischen Staatsregierung berufen und in den Senat der Hochschule für Politik (München) gewählt. Er hielt im Sächsischen Landtag die Festrede zur Deutschen Einheit. Bei der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Regensburg referierte er über Vertrauen und den Zustand der Demokratie in Deutschland. In Lugano sprach er über das Passauer Modell der Journalistenausbildung. Zum 50. Jubiläum der Konrad-Adenauer-Stiftung Schloß Eichholz hielt er dort den Festvortrag über Politische Bildung in der freiheitlichen Demokratie. In Königswinter sprach er bei den Sozialausschüssen über die Neuentdeckung der Werte in den Grundsatzprogrammen der großen Parteien. Beim Tutzingener Sonntagsgespäch diskutierte er mit Ludwig Stiegler über die Zwischenbilanz der Großen Koalition. Er hielt Vorträge in Würzburg über Landesparlamentarismus in der politischen Diskussion und in den Medien sowie an der Universität Lublin über „Neue Koalition – neue Politik?“.

### KOLLEGIUM

**Stefan Köppl** referierte auf dem DVPW-Kongress in Münster zu Parlamentsreformen in Italien und stellte ein Konzept für die vergleichende Analyse von Verfassungsreformprozessen vor. In Starnberg, Ottobrunn und bei der Dante-Gesellschaft München analysierte er die politische Lage Italiens nach den Parlamentswahlen. Im Wintersemester 2006/2007 bietet er im Rahmen eines Lehrauftrags an der Universität Passau ein Proseminar über Politik und Bürokratie an. In Genua sprach er über die aktuelle politische Lage in Deutschland und die Herausforderungen an die Große Koalition.

**Dr. Wolfgang Quaisser** referierte in Budapest auf der Konferenz „EU Consent – Wider Europe, Deeper Integration? Constructing Europe Network“ über das Thema „Deepening and Widening of the EU: Challenges in major economic projects and policy fields.“ Im Wintersemester hält er an der Hochschule für Politik in München zusammen mit Prof. Werner Gumpel die Vorlesung „Vergleich von Wirtschaftssystemen“.

**Dr. Michael Schröder** wurde zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) gewählt.

### BEIRAT

**Prälat Dr. Valentin Doering**, ehemaliger Leiter des Katholischen Büros in Bayern, ist von Papst Benedikt XVI. mit der höchsten Prälatenwürde ausgezeichnet worden. Er trägt nun den Titel eines Apostolischen Protonotars. Doering pflegte im Auftrag der bayerischen Bischöfe die Kontakte zur Staatsregierung, zum Landtag, zu Wirtschaft und Gewerkschaften bis zum Herbst 2006.

---

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:**  
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....  
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing